



2024

Jahresrückblick – Bericht - Dokumentation



Förderverein
Gedenkstätte
Steinwache -
Internationales
Rombergpark-
Komitee e.V.

Impressum

Herausgeber:

Förderverein Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergpark-Komitee e.V.
V.i.S.d.P.: Georg Deventer, Vorsitzender

Gemeinnützige Anerkennung durch das Finanzamt Dortmund-Hörde 315/5791/1487,
eingetragen ins Vereinsregister 4949 beim Amtsgericht Dortmund

Gestaltung/Textbearbeitung:

Bis Mitte 2023: Ernst Söder † Ehrenvorsitzender des Fördervereins
Georg Deventer / Ralf Brinkhoff

Fotos:

Förderverein Steinwache, Margret Deventer, Stadtarchiv Dortmund,
Matthias Schilling, Yvonne Wilken

<http://www.steinwache-rombergparkkomitee.org>

Druck: Mario Fragomeli, Hagen

Das Foto auf der Titelseite zeigt das Mahnmal für Dortmunder Zwangsarbeitende. Es befindet sich auf der Kulturinsel am Phoenix-See im Stadtteil Hörde und soll an die bis zu 80.000 Zwangsarbeiter erinnern, die während des Zweiten Weltkriegs in Dortmund ausgebeutet wurden. Die Idee für ein Denkmal geht auf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten zurück. Der Rat der Stadt Dortmund beschloss 2014 die Errichtung, das Denkmal wurde am 10. August 2020 von Oberbürgermeister Ullrich Sierau feierlich der Stadtgesellschaft übergeben.



Der Förderverein ist Mitglied der FIR – Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten. In der Rubrik „FIR-Newsletter“ auf unserer Webseite veröffentlichen wir regelmäßig den jeden Freitag erscheinenden Newsletter.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
27. Januar 2024: Gedenkveranstaltungen zum Holocaustgedenktag 2024	6
Museumsgespräch zum Thema Zwangsarbeit im Hoesch-Museum	10
Exkursion des Fördervereins zur Gedenkstätte Augustaschacht, Nähe Osnabrück.....	15
Berichte zum Karfreitagsgedenken	18
Infostand bei Demokratiekonferenz im Lensing-Carrée	34
Gedenkstättenfahrt nach Bergen-Belsen und Celle	34
Gedenkveranstaltung auf der Kulturinsel des Phoenix-Sees in Dortmund-Hörde	39
Vorträge Steinwache im Jahr 2024.....	47
Wiedereinweihung der Gedenktafel am alten Gestapokeller in Dortmund-Hörde.....	49
Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag am 1. September 2024 in Dortmund	55
Fahrt nach Stukenbrock.....	60
Volkstrauertag am 17. November 2024	61
Kunst und Kultur gegen das Vergessen – Veranstaltung im Hansa Theater Dortmund-Hörde.....	62
Vorstandsliste.....	71

Vorwort

Liebe Vereinsmitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde des Fördervereins,
liebe Leserin, lieber Leser,

wir legen hiermit unseren Jahresbericht 2024 vor,
der unsere Vereinsaktivitäten dokumentiert.



Wir informieren über Unternehmungen und Aktionen, die wir als Förderverein durchgeführt bzw. an Projekten Dritter mitgewirkt haben.

Am 24. Februar 2022 begann mit dem völkerrechtswidrigen Überfall der russischen Föderation auf die Ukraine ein schrecklicher Krieg, der noch nicht beendet werden konnte. Der 7. Oktober 2023 wird ebenfalls in die Geschichtsbücher mit den Angriffen islamistischer Terroristen auf Israel und die Vernichtungsoffensive gegen die Hamas und Hisbollah verbunden sein. Und immer wieder ist es die Zivilbevölkerung, die den kriegesischen Auseinandersetzungen hilflos ausgesetzt ist.

363 bewaffnete Konflikte und Kriege weltweit, so die Zahlen des Heidelberger Institutes für internationale Konfliktforschung. Wir erleben gerade eine starke Militarisierung. Abrüstung und Entspannung, der Grundkonsens in Politik und Gesellschaft ist wohl abhandengekommen.

Wir brauchen einen Friedensdiskurs, um über andere, nicht militärische Wege und Konzepte zu diskutieren, ohne gleich als Putin-Freund, Wagenknecht-Fan oder gar als AfD-nah diskreditiert zu werden.

Wenn im Februar 2025 ein neuer Bundestag gewählt wird, können wir nur hoffen, dass die neu gewählten Parlamentarier und eine neue Bundesregierung die politischen, wirtschaftlichen, klimatischen und sozialen Herausforderungen erkennen und handeln, gegen Protektionismus und Nationalismus, gegen extrem rechte Menschenbilder und gegen rassistische Spaltung und für den sozialen Zusammenhalt. Autokraten - nicht nur Trump, der als US-Präsident so richtig lospoltern wird - bedrohen die Demokratie in vielen Ländern bzw. verhindern sie. Eine weitere *Zeitenwende* steht uns noch als Albtraum bevor. Ich glaube, dass ist uns noch gar nicht bewusst.

Und in Bezug auf die laufenden Wahlkämpfe im Bund und auch auf die Kommunalwahlen im September 2025 brauchen wir eine Regulierung der Sozialen Medien, denn Beleidigungen, Hetze und Aufrufe zu Gewalttaten dürfen nicht verbreitet werden. Die Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung verstehen in den Social Media-Kanälen diese gut zu bedienen. Die Gefahr muss uns bewusst sein. Social Media braucht dringend eine Achtung und Respekt vor der Meinungsfreiheit.

Als Förderverein - gemeinsam mit vielen engagierten zivilgesellschaftlichen Akteuren in unserer Stadt - können wir einen kleinen, aber wichtigen Beitrag gegen Gleichgültigkeit leisten und für Vielfalt, Toleranz und Demokratie eintreten.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir bedanken uns bei allen Partnern für die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit. Den

Mitgliedern im Vorstand und vielen Vereinsmitgliedern und Förderern danke ich an dieser Stelle ebenso wie den Mitarbeitenden in der Steinwache und im Stadtarchiv. Ein besonderer Dank gebührt auch der Auslandsgesellschaft für die Unterstützung unserer Arbeit in den vergangenen Jahren.

Und mit dem im November d.J. neu berufenen Sonderbeauftragten des Oberbürgermeisters, Friedhelm Evermann in der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, ist eine wichtige Rolle in der Zivilgesellschaft nun wieder besetzt. 2007 war diese Rolle und die Koordinierungsstelle - einmalig in Deutschland – mit Hartmut Anders-Hoepgen und zuletzt mit Manfred Kossack besetzt.

Ich hoffe, dass der Bericht Anregungen für Diskussionen bietet, natürlich mit Interesse gelesen wird und gegebenenfalls ermutigt, Mitglied im Förderverein zu werden.

2025 wollen wir beginnen, uns mit der „Zukunft des Fördervereins“ zu beschäftigen, mit der Weiterentwicklung der Ziel- und Aufgabenstellungen sowie mit der organisatorischen und personellen Ausrichtung.



Dortmund, zum Jahreswechsel 2024/ 2025

Georg Deventer
Vorsitzender des Fördervereins

Hinweis zum Jahresrückblick 2023

Unser Jahresbericht aus dem Jahre 2023 hat sehr viel Aufmerksamkeit und Zustimmung erfahren.

Interessenten, die kein Exemplar mehr erhalten können, verweisen wir auf unsere Webseite. Dort sind die Berichte der letzten Jahre veröffentlicht:

www.steinwache-rombergparkkomitee.org



27. Januar 2024: Gedenkveranstaltungen zum Holocaustgedenktag 2024

Anlässlich des 79. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz fanden in Dortmund mehrere Gedenkveranstaltungen statt. Auf Initiative des Berliner Journalisten und Autors Alwin Meyer und von Georg Deventer, Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergparkkomitee, hatte der Oberbürgermeister Thomas Westphal in Trägerschaft der Stadt Dortmund eine Woche des Gedenkens vom 22. Januar bis 25. Januar 2024 übernommen. Im Mittelpunkt stand eine zentrale Gedenkveranstaltung im Reinoldisaal am 25. Januar 2024, die Präsentation der neuen Ausstellung „Kinder von Auschwitz“, Zeitzeugengespräche an Schulen und ein Empfang des Landtagspräsidenten André Kuper in Düsseldorf am 24. Januar 2024.

Autor der Ausstellung ist der Journalist und Kurator Alwin Meyer. Seit 50 Jahren sucht er weltweit nach wenigen überlebenden Kindern von Auschwitz. Schon im Herbst 2021 konnte der Förderverein Gedenkstätte Steinwache mit Alwin Meyer im Dietrich-Keuning-Haus eine mehrwöchige eindrucksvolle Ausstellung präsentieren „Vergiss deinen Namen nicht - Die Kinder von Auschwitz“.

Rund 232.000 Säuglinge, Kinder und Jugendliche wurden in die Vernichtungslager gebracht. Nur wenige haben überlebt. Unter den Folgen leiden ihre Körper und Seelen bis heute. Die eintätowierte Lagernummer erinnert sie bis heute an das erlittene Leid. Nach der Befreiung kannten sie weder ihren Namen, ihr Alter, noch ihre Herkunft. Viele waren Waisen und sie trauten lange Zeit keinem Menschen mehr.

Anlässlich des 79. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, kamen drei überlebende Kinder von Auschwitz nach Dortmund und berichteten, wie ihr Leben seither verlaufen ist und wie sie mit der Erinnerung bis heute umgehen.

Die drei Kinder von Auschwitz, Angela Orosz aus Kanada, Dr. Eva Umlauf aus München und Wladyslaw Osik aus Polen hatten für diese Woche einen straffen Zeitplan. Sieben Schulen haben die Zeitzeug:innen besucht. Zu den Zeitzeugengesprächen am Karl-Schiller-Berufskolleg, Konrad-Klepping-Berufskolleg, am Neuen Gymnasium in Bochum, am Stadtgymnasium Dortmund, am Max-Planck-Gymnasium, an der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Lünen sowie an der Droste-Hülshoff-Realschule kamen fast 1.400 Schülerinnen und Schüler wie auch Lehrerinnen und Lehrer zusammen.

Zudem wurden sie, eine Delegation aus Dortmund und die Auslandsgesellschaft vom Landtagspräsidenten Andre Kuper im Düsseldorfer Landtag empfangen.

Dr. Eva Umlauf wurde am 19. Dezember 1942 im Zwangsarbeitslager Novaky geboren und nach Auschwitz deportiert. Wladyslaw Osik wurde am 17. Juli 1943 und Angela Orosz am 21. Dezember 1944 in Auschwitz geboren. Ihre Familien wurden zuvor nach Auschwitz deportiert. Dort kamen sie unter unvorstellbaren Bedingungen zur Welt.



Im Landtag Düsseldorf, v.l.n.r.: Georg Deventer, Wladyslaw Osik, André Kuper, Angela Orosz, Dr. Eva Umlauf, Klaus Wegener, Anja Butschkau MdL



Gesamtgruppe im Düsseldorfer Landtag, li. Alwin Meyer, rechts oben Dr. Stefan Mühlhofer

„Bei meiner Geburt sagte meine Mutter, mach keine Geräusche. Denn hätten sie uns entdeckt, wären wir getötet worden. Ich habe bei meiner Geburt kein Laut von mir gegeben“, erzählt Orosz von den Bedingungen, unter denen sie auf die Welt gekommen ist.

„Aber nicht, weil ich sie verstanden habe, sondern weil ich unter einem Kilo wog und keine Energie zum Schreien hatte.“

Wie leben nach Auschwitz? Dazu kann Osik, der den ganzen Weg aus Legionowo bei Warschau nach Dortmund auf sich genommen hat, nur sagen: „Die Zeit heilt die Wunden. In den 60er/70er Jahre war ich gegen die Deutschen. Ich habe sie gehasst. Heute bin ich nicht mehr gegen sie.“

Einer seiner Verwandten ist nach Deutschland ausgewandert. „Das hätte ich nie gekonnt. Auf keinen Fall“, sagt Osik, bei dem die Bedingungen im Konzentrationslager zu Störungen der Persönlichkeit und epileptischen Symptomen geführt haben. Eva Umlauf hingegen zog um der Liebe willen nach München. „Ich fühle mich in München wohl“, sagt die heutige Ärztin und Psychotherapeutin.

„Natürlich sind jüdische Einrichtungen durch die Polizei geschützt. Es ist traurig, diese Polizeiautos, diesen Schutz zu sehen. Leider ist es ohne nicht möglich“, sagt Umlauf, die aber auch von sich sagt, dass sie das jüdische Leben ganz frei ausleben konnte.

Ein besonderes Zeitzeugengespräch war an der Droste-Hülshoff-Realschule in Kirchlinde mit 200 Schülerinnen und Schülern, an dem alle drei Zeitzeugen teilnahmen.

An dieser Realschule wird schon seit vielen Jahren Erinnerungsarbeit geleistet. So nimmt die Droste-Hülshoff-Realschule an der „#everynamecounts“ Challenge teil.

„#everynamecounts“ ist eine Crowdsourcing-Initiative der Arolsen Archives, mit der Verfolgten des Nationalsozialismus ein digitales Denkmal errichtet werden soll, sodass auch zukünftige Generationen sich an die Namen und Identitäten der Opfer erinnern können. Die Schüler:innen der Droste-Hülshoff-Realschule bearbeiteten und digitalisierten Häftlingspersonalkarten aus verschiedenen Konzentrationslagern. Hinzu kommt, dass die Droste-Hülshoff-Realschule Patin von elf Stolpersteinen ist, die sie immer im Januar reinigen.

Auch das Zeitzeugengespräch mit Angela Orosz an der Geschwister-Scholl-Gesamtschule mit 330 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war Bestandteil der stetigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit dieser Gesamtschule. Unser Vorstandsmitglied und Lehrerin Katrin Rieckermann ist hier besonders engagiert.

„Die Kinder von Auschwitz – Vergesst uns nicht“

Im Gespräch mit der Presse betonte Georg Deventer, dass die aktuellen Ereignisse nochmals zeigen, wie wichtig Termine wie die des Zeitzeug:innengesprächs sind.

„Gerade jetzt in dieser Zeit, wo der Rechtspopulismus und Rechtsextremismus breite Teile der Bevölkerung auch in Deutschland und Europa eingenommen hat, ist es unglaublich wichtig, diese Gespräche zu organisieren“, sagt Georg Deventer.

Der Vorsitzende des Fördervereins der Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee war mit Markus Günnewig vom Stadtarchiv einer der Organisatoren der Zeitzeug:innengespräche. Wir werden nicht nachlassen, an das zu erinnern, was gewesen ist, getreu dem Motto „Zukunft braucht Erinnerung“, so Deventer.

Genau aus diesem Grund hat sich der Journalist Alwin Meyer auf die Suche nach den „Kindern von Auschwitz“ gemacht. Aus den Dokumenten, Fotos und Texten, die aus den Gesprächen hervorgingen, hat er die Ausstellung „Die Kinder von Auschwitz – Vergesst uns nicht“ kuratiert. Alwin Meyer: „Es geht um die Zukunft der jungen Menschen und wie sie in diesem Land, aber nicht nur hier, sondern auf dieser Welt zusammenarbeiten.“

„Dass es völlig egal ist, ob man zum Beispiel rote Haare hat, ob man eine etwas hellere Haut oder eine etwas dunklere Haut hat, wir alle haben dasselbe Blut. Darum geht es. Dass dies möglichst viele Menschen erkennen“, betont Alwin Meyer.

„Sodass so was wie Herr Osik, Frau Orosz und Frau Dr. Umlauf erlebt haben, nicht mehr unsere Gegenwart bestimmt und nie wieder bestimmen kann“, sagt der Kurator der Ausstellung „Die Kinder von Auschwitz – Vergesst uns nicht“.

Zentrale Gedenkveranstaltung im Reinoldihaus Dortmund

Zum Gedenken an den 79. Jahrestag am 27. Januar 2024 lud die Stadt Dortmund zu einer zentralen Veranstaltung im Reinoldihaus in Dortmund ein. Die drei Zeitzeug:innen Angela Orosz-Richt, Dr. Eva Umlauf und Wladyslaw Osik berichteten in dem mit 260 Plätzen voll besetzten Reinoldisaal über ihre Familien und Erinnerungen. Zudem wurde die neue Ausstellung von Alwin Meyer „Die Kinder von Auschwitz – Vergesst uns nicht“ eröffnet und mit großformatigen Tafeln, Dokumenten, Fotos und Texten ihrer Berichte ergänzt. Die zentrale Gedenkveranstaltung wurde moderiert von Dr. Stefan Mühlhofer, Direktor der Kulturbetriebe. Das Grußwort hielt der erste Bürgermeister der Stadt Dortmund, Norbert Schilff. Musikalisch wurde diese würdevolle und eindrucksvolle Veranstaltung von Mitgliedern der Chorakademie begleitet.



Wladyslaw Osik



Dr. Eva Umlauf

Die neue Ausstellung „Kinder von Auschwitz“ mit rund 40 Biographien soll nun zu einem späteren Zeitpunkt, wenn das Rathaus fertig saniert ist, dort für mehrere Woche gezeigt werden.

Die Woche des Gedenkens der Stadt Dortmund fand in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, der Volkshochschule, der Auslandsgesellschaft, des Stadtarchivs, der Mahn-Gedenkstätte Steinwache und dem Förderverein statt.



Reinoldisaal mit Bildern der Ausstellung

Ein Dank gilt den „Nordstadtbloggern“ für ihre umfassende Berichterstattung und Klaus und Anne Lenser, die für das Bürgerradio auf Radio 91,2 eine Sendung produziert haben.

In ihrem Vortrag berichtete Angela Orosz:

„So kam es, dass meine Mutter im Dezember 1944, in einem kalten und trostlosen Winter, unter den schlimmsten Bedingungen, die man sich für eine Frau in den Wehen vorstellen kann, und inmitten einer unsäglichen Brutalität, mich zur Welt brachte... Ich habe in Schulen gesprochen. Ich habe am „March of the Living“ in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau teilgenommen. Ich habe in Prozessen gegen Nazi-Kriegsverbrecher ausgesagt... Aber ich muss Ihnen etwas sagen: Ich glaube, die Welt hat den Holocaust vergessen! Ich glaube, die Welt ist wahnsinnig geworden!... Deshalb frage ich Sie: Was haben die Menschen auf der ganzen Welt wirklich aus der Shoah gelernt? Ist die Welt ein besserer Ort geworden? Sind wir als Menschen menschlicher geworden? Wie werden die Menschen in 80 Jahren über uns urteilen?“



Norbert Schilff bei seinem Grußwort

Museumsgespräch zum Thema Zwangsarbeit im Hoesch-Museum

Ausgebeutet und vergessen: Museumsgespräch im Hoesch-Museum am 21.03.2024 mit Wilfried Stockhaus, ehrenamtlicher Mitarbeiter im Hoesch-Museum und Vorstandsmitglied im Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee und dessen Vorsitzenden Georg Deventer

In der Geschichte der Menschheit baute das nationalsozialistische Regime eines der gewaltigsten Zwangsarbeitersysteme auf. Etwa 13 Millionen Menschen wurden im Deutschen Reich und weitere 13 Millionen in den besetzten Gebieten zum Arbeitseinsatz gezwungen. Lange zählten die Zwangsarbeiter zu den „vergessenen“ Opfern des Nationalsozialismus – bis die Entschädigungsdebatte Ende der 1990iger Jahre ihre Geschichte in die Öffentlichkeit trug.

Zwangsarbeit war während des 2. Weltkrieges überall sichtbar. Betroffene mussten unter unmenschlichen Bedingungen auf Baustellen, in Betrieben und Bergwerken, in der Industrie, in Arbeits- und Konzentrationslagern Schwerarbeit leisten – und so ausgerechnet für jenes Land die Kriegsproduktion aufrechterhalten, das sie ausbeutete und vernichtete. Aber auch auf Bauernhöfen, in Kirchengemeinden und Privathaushalten wurden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt.

Die Auswirkungen der NS-Zwangsarbeit sind bis heute präsent: In den Familienbiografien ehemaliger Zwangsarbeiter, in den unterschiedlichen europäischen Erinnerungskulturen und nicht zuletzt auf zwischenstaatlicher Ebene.

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus zwischen 1939 und 1945 wird allgemein definiert als die Verschleppung und Ausbeutung von mehr als 13 Millionen ausländischen KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und sog. zivilen Arbeitskräften in Deutschland. Zwangsarbeit gab es aber auch in Ghettos, Arbeitserziehungslagern und anderen Lagern im gesamten besetzten Europa und betraf insgesamt 26 (!) Millionen Menschen. Daneben herrschte in vielen besetzten Ländern ein allgemeiner Arbeitszwang für die Zivilbevölkerung. Davon abzugrenzen sind die Arbeitspflichten für die deutsche Zivilbevölkerung, z.B. im Reichsarbeitsdienst, Landjahr und ähnliches.



Innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion wird häufig unterschieden zwischen ausländischen Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeitern, Kriegsgefangenen und Häftlingen.

Das NS-Zwangsarbeitersystem erfüllte nicht nur einen wirtschaftlichen Zweck. Es war zugleich Instrument zur Verfolgung, Ausgrenzung und Unterdrückung, gerade jener Gruppen, die von den Nationalsozialisten als „minderwertig“ betrachtet wurden. Das System war Tat gewordene Rassenideologie.

Mit steigender Radikalisierung wurde Zwangsarbeit zur physischen Vernichtung eingesetzt. Vor allem KZ-Häftlinge, darunter viele Juden, Sinti und Roma sowie sowjetische Kriegsgefangene und Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeiter, die als

„Ostarbeiter“ bezeichnet wurden, starben am häufigsten bei dem Arbeitseinsatz.

Nach 1945 lehnten die deutsche Regierung und Profiteure des Zwangsarbeitersystems Entschädigungszahlungen an ehemalige Betroffene ab. Das Bundesentschädigungsgesetz von 1953 schloss im Ausland lebende sowie nicht rassistisch oder politische Verfolgte weitgehend von Leistungen aus. Auch die sog. Globalabkommen – Zahlungen der BRD an einzelne Staaten – sahen keine individuellen Entschädigungsleistungen an ehemalige Betroffene vor.



Zwangsarbeiterlager bei Hoesch, um 1944

Auftrieb erhielten die Forderungen nach Entschädigung mit der erfolgreichen Klage des ehemaligen Zwangsarbeiters Norbert Wollheim gegen die I.G. Farbenindustrie AG Anfang der 50iger Jahre. Auf 30 Millionen DM belief sich die Entschädigungssumme, die die IG Farben für jüdische KZ-Häftlinge zahlte. Dieser Prozess schuf dann einen Musterfall für weitere Klagen.

Es sollten dennoch Jahrzehnte vergehen, bis sich die Bundesrepublik und die deutsche Gesellschaft zu ihrer Verantwortung bekennen würden. Nach zunächst politisch erfolglosen Initiativen erzwang der anhaltende Druck in und aus den USA Ende der 1990iger Jahre die ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema. 1998 einigten sich die Fraktionen des Bundestages darauf, eine Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern unter finanzieller Beteiligung der deutschen Wirtschaft einzurichten.

Das zentrale Ziel bei der Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ im Jahr 2000 war die Auszahlung humanitärer Ausgleichszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter und andere Opfer des NS-Unrechtssystems. Diese Zahlungen wurden 2007 offiziell abgeschlossen. 1,66 Millionen Menschen in fast 100 Ländern erhielten Zahlungen in Höhe von insgesamt 4.4 Milliarden Euro.

Das Thema Zwangsarbeit bleibt auch nach Abschluss der Zahlungen weiter oben auf der Agenda der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“. Das spiegelt sich in der 2021 vom Bundesministerium für Finanzen initiierten Bildungsagenda „NS-Unrecht“ wider. Es sollen jene Projekte unterstützt werden, die die Schicksale der verfolgten Menschen und Gruppen sichtbar machen, mit einem besonderen Fokus auf diejenigen, die bisher weniger öffentliche Aufmerksamkeit erhalten haben.



Auf dem Gelände von Hoesch, Anfang 1940er Jahre

Wie sah es in Dortmund aus?

In der Westfalenhalle waren im Stammlager Stalag VI D zwischen 1939 und 1945 über 80.000-100.000 Gefangene untergebracht, davon mehr als 10.000 gleichzeitig. Daneben gab es in Dortmund und Umgebung zahlreiche Zwangsarbeiterlager von Unternehmen und Betrieben. Bisher sind 300 Lagerstandorte nachgewiesen. In diesen Lagern herrschten menschenunwürdige Verhältnisse. Vor allem die Zwangsrekrutierten aus dem Osten Europas und der Sowjetunion waren der sog. Vernichtung durch Arbeit ausgesetzt.

Auch 79 Jahre nach Kriegsende ist einiges noch nicht erforscht oder bekannt. Das Museumsgespräch ist in Schlaglichtern dem Vergessen entgegengetreten und sollte auch den Ausgebeuteten eine Stimme geben.

Zum Museumsgespräch kamen etwa 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die Situation in Dortmund (Text: Wilfried Stockhaus, Bilder: Hoesch-Museum)

Die Zahl der bisher nachgewiesenen Zwangs- und Kriegsgefangenenlager auf dem Dortmunder Stadtgebiet liegt nach den bisherigen Erkenntnissen des Dortmunder Stadtarchivs bei ca. 300. Allein im Mai 1943 waren in Dortmund laut Aufzeichnung des städtischen Ernährungsamtes rd. 30.100 Ausländer interniert.

Wer waren die Profiteure?

Im Grunde konnten alle davon profitieren: "Private Haushalte, alle möglichen Institutionen (auch die kirchlichen Einrichtungen), die Landwirtschaft, aber vor allem die heimische Industrie (vom kleinen Betrieb bis zum großen Unternehmen). Hier sind es besonders die Bergbau- und Stahlindustrie.

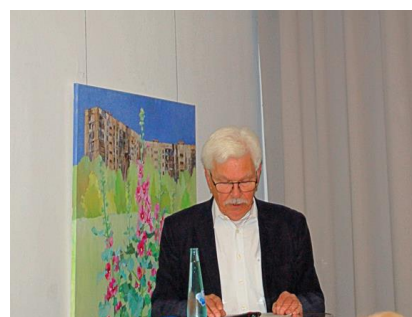


Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges waren Bergleute vom Wehrdienst ausgenommen. Das änderte sich im Verlauf des Krieges. Somit waren (überwiegend) ausländische Zwangsarbeiter notwendig für die Aufrechterhaltung der Versorgung des Deutschen Reiches.

Die zivilen Arbeitskräfte wurden über Arbeitsämter rekrutiert; die Kriegsgefangenen lieferte das OKW (Oberkommando der Wehrmacht), wenn auch unter Mitarbeit der Arbeitsverwaltung.

Für den Kohlenbergbau entwickelte sich ein geschlossenes und gesteuertes Verfahren der Ausländerverteilung.

Im Bezirk des Oberbergamtes Dortmund waren 1941 nach Schätzung 93.100 Kriegsgefangene, 31.000 Ostarbeiter und 39.400 sonstige ausländische Arbeitskräfte eingesetzt. Die Behörde war über die Zustände in den Betrieben wie die schlechte Ernährung, den gesundheitsgefährdenden Lager- und Arbeitsverhältnissen, den Misshandlungen, Beleidigungen und Herabsetzungen informiert bzw. in Kenntnis gesetzt. Auch die Einschätzung von Übergriffen deutscher Arbeiter gegenüber zumeist sowjetischen Kriegsgefangenen gehörte zum Aufgabenfeld der Behörde.



Auch in den weiteren Industrie- und Unternehmensbereichen wurden zigtausende Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter eingesetzt. Große Nutznießer der Sklavenarbeit waren u.a. die Dortmunder Stahlindustrie, die metallverarbeitende Industrie, die Reichsbahn und alle anderen Unternehmen jeglicher Art.

Die Westfalahütte hatte ringsherum um das Betriebsgelände eine große Anzahl von Zwangsarbeiterlagern eingerichtet. Zahlreiche Barackenlager der Großindustrie sowie Säle, die früher als Unterkunft dienten, wurden zerstört. Für Hoesch waren allein rd. 3.000 obdachlose ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene unterzubringen.



79 Jahre nach Kriegsende geraten alle diese Orte und Gebäude in Vergessenheit oder sind gar nicht mehr vorhanden. Zwei Orte sollen hier erwähnt werden: Die Unnaer Str. 26, hier ist heute ein relativ großer Wohnkomplex, der sich bis zur Stahlwerkstr./ Oestermärsch hinzieht. Nichts deutet darauf hin, was hier einmal war. Genauso ist es mit dem Lager auf der Mühle in Dortmund Brackel. Hier, an meinem Wohnort und fast in unmittelbarer Nachbarschaft, habe ich erst vor zwei Jahren aufgrund eines Lageplanes erfahren, dass an dieser Stelle ein

Zwangsarbeiterlager vorhanden war. Heute gibt es an dieser Stelle ein Wohngebiet mit Eigentumswohnungen, in den siebziger Jahren von der Hoesch Wohnungsgesellschaft für Belegschaftsmitglieder der Hoesch AG gebaut. Nichts deutet auf die Vergangenheit hin.

Auch andere Orte geraten in Vergessenheit. Viele Menschen dieser Stadt, vielleicht die meisten, erahnen gar nicht, dass zwanzig Meter unter der Innenstadt ein gigantisches, Europas (vielleicht weltweit) größtes Tunnelnetz vorhanden ist. Gebaut wurde es von der Firma Deilmann aus Kurl mit Zwangsarbeitern. Das Tunnelnetz ist fast 5.000 Meter lang. Es wurde nicht mehr beendet, wäre das der Fall gewesen, wären es 9.000 Meter. Das Tunnelnetz war eine Luftschutzanlage, die bei Bombenalarm von der Dortmunder Bevölkerung möglichst schnell erreichbar sein sollte. Vom St.-Johannes-Hospital bis zum Westpark ist die Tunnelanlage noch komplett erhalten.

Fazit:

Sollte es nicht unsere Aufgabe sein, diesen Menschen, die unter staatlicher Willkür so gelitten haben, ihre Arbeit so ausgebeutet wurde und die gefoltert, geschlagen, verhungert, gemordet und zu einem großen Teil gestorben sind, zumindest ein Erinnern bewahren? Auf der Westfalahütte läuft das Projekt „Grüner Ring“, es ist ein riesiges Renaturierungsprojekt. In den Vorgesprächen haben wir den Planern vorgeschlagen, die Orte und Flächen mit Vergangenheit zumindest mit einem Gedenkhinweis zu kennzeichnen. Das wäre auch für viele andere zu wünschen. Dem Förderverein des Hoesch-Museum liegt ein Antrag vor, im Zuge der Neugestaltung und der Einbeziehung des Stahlbungalows, einen Korbiniansapfelbaum (KZ-3 Apfel) zu pflanzen und eine Gedenktafel aufzustellen. Diese Idee liegt auch den Planern des Dortmunder Ringes vor.

Für die Westfalahalle, dem Zentrum (STALAG VI D) der Zwangsarbeit sollte etwas Großes, Sichtbares, etwas, wo die Menschen stehen bleiben, entwickelt werden und nicht achtlos, wie an dem Gedenkstein, vorbeigehen.



Georg Deventer und Wilfried Stockhaus (Fotos: Ingrid Krebs, Hoesch-Museum)

„Am Transportband hat ein Mädchen aus Poltawa gearbeitet, die starb, weil ihre Lunge voller Zement war. Die Deutschen haben mit Schutzmaske gearbeitet und wir ohne. Ein anderes Mädchen ist im Thomaswerk durch eine herabfallende Eisenplatte ums Leben gekommen. Sie hatte neben einem Kran gearbeitet, als es passierte.“

„Von den Ausländern sind die Ostarbeiter, die Russen, die kriegsgefangenen Franzosen und die Zivil-Belgier gute und willige Arbeiter, während die Zivilfranzosen recht häufig als angeblich krank der Arbeit fernbleiben und die Italiener infolge ihrer schwachen körperlichen Verfassung für schwerere Arbeiten am Ofen und in der Kiesgrube wenig geeignet sind.“

(Jahresbericht des Elektrostahlwerks 1943/44, S. 14-15. Im TKA – Hoesch H/3551)

„An der Stelle der heutigen Huckarder Straße 111 lag außerdem das „Außenlager Dortmund des KZ Buchenwald“. Das Gelände gehörte dem DHHV. Zwischen 400 und 750 hauptsächlich polnische und sowjetische Frauen mussten in der Geschosfabrik von Union arbeiten, 12 Stunden am Tag. Auf dem Hörder Gelände des DHHV lag das sog. „Auffanglager Hüttenwerk“, in dem Häftlinge der Dortmunder Gestapo untergebracht waren“.*

**Dortmunder-Hörder Hüttenverein AG, 1843-1966*

Text: Hoesch-Museum

Exkursion des Fördervereins zur Gedenkstätte Augustaschacht, Nähe Osnabrück

Unsere diesjährige traditionelle Exkursion an Gründonnerstag am 28.03.24 führte uns mit einer ganztägigen Busfahrt zur Gedenkstätte Augustaschacht nach Hasbergen-Ohrbeck, Nähe Osnabrück, einem ehemaligen Arbeitserziehungslager (AEL) und Polizeiersatzgefängnis unter Führung der Gestapo.

Die Gedenkstätte befindet sich am Ort des früheren Arbeitserziehungslagers Ohrbeck. Im 2. Weltkrieg mussten Millionen Menschen für das nationalsozialistische Deutschland

Zwangsarbeit leisten. Wer versuchte, dem Zwang der Arbeit zu entkommen, wurde mit Haft in einem Arbeitserziehungslager (AEL) bestraft.



Mehr als 2.000 Männer und Jugendliche waren gegen Ende des Krieges von den Nationalsozialisten in der alten Pumpstation des Augustaschachtes Ohrbeck, ein Bergwerk zur Erzgewinnung, inhaftiert worden.

Die Kriegsgefangenen waren unter unmenschlichen Bedingungen untergebracht und waren als Zwangsarbeiter im benachbarten Eisenhüttenwerk eingesetzt. Sie mussten auch Blindgänger bergen oder Trümmer in der Stadt Osnabrück beseitigen.

Die Ausstellung zeigt, wie die unmenschliche Behandlung die Gefangenen gefügig machen sollte. Die Erinnerungen ehemaliger Gefangener zeugen von den Schwierigkeiten, im AEL zu überleben. Auf die Überlebenden und die Familien der Gefangenen wirkte die Lagerhaft lange nach. In der deutschen Gesellschaft sind die Arbeitserziehungslager dagegen kaum bekannt.



auszutauschen.

Nach der fachkundigen Führung durch die Ausstellung der Gedenkstätte durch den Leiter des Trägervereins der Gedenkstätte, Georg Hörnschemeyer, konnten wir auf barrierefreien Wegen auch das ehemalige Lagergelände erkunden.

Zum Abschluss des beeindruckenden Besuches der Gedenkstätte mit 18 Teilnehmenden gab die Einkehr in einem Restaurant in Osnabrück-Lotte und Gelegenheit, das Erlebte bei guten Gesprächen

Weitere Informationen zur Gedenkstätte unter:
www.gedenkstaetten-augustaschacht-osnabrueck.de



Förderverein Gedenkstätte Steinwache- Internationales Rombergpark-Komitee e.V.

Karfreitagsgedenken 2024

Liebe Freundinnen und Freunde,

auch in diesem Jahr finden die traditionellen Gedenk-und Mahnveranstaltungen anlässlich der Kriegsendverbrechen 1945 wieder statt.

Wir laden zum Gedenken an die Opfer der Nazi-Massenmorde ein und wollen gleichzeitig für ein vielfältiges und solidarisches Miteinander der Menschen in unserer Stadt eintreten.

Gründonnerstag, den 28.03.2024 :

Traditionelle Exkursion des Fördervereins zur Gedenkstätte Augustaschacht in Hasbergen, nahe Osnabrück. Besuch des früheren Arbeitserziehungslagers Ohrbeck .
Busabfahrt um 09.00 Uhr ab Steinwache

Karfreitag, den 29.03.2024

10.30 Uhr Gedenken auf dem Internationalen Friedhof in Brackel
Eine gemeinsame Veranstaltung des Fördervereins mit dem historischen Verein Ar.kod.M.e.V. und der SPD Hellweg.

15.00 Uhr Zentrale Gedenkfeier der Stadt Dortmund in der Bittermark

Nach der Beendigung der Gedenkfeier lädt uns die AWO Bittermark in das „Haus Bittermark“ Sichelstr. 22 zum Kaffeetrinken ein

Karfreitag, den 29.03.2024

11.00 Uhr Gedenken am Mahnmal im Südpark Lünen

Karsamstag, den 30.03.2024

11.00 Uhr Gedenken des DGB und der Stadt Lippstadt am Gedenkstein an der Joseph-Kirche in Lippstadt

Mit freundlichen Grüßen

Georg Deventer

Berichte zum Karfreitagsgedenken

Karfreitag 2024 – Internationaler Friedhof

Begrüßung im Namen des Fördervereins durch Georg Deventer

Seit 2001 führt der Förderverein an den Karfreitagen die Gedenkveranstaltung durch, gemeinsam mit der VVN oder auch in den letzten Jahren mit dem historischen Verein Ar.Kod.M. zur Erforschung russischer Kriegsopferdaten. Und seit Anfang an nahm auch die SPD im Stadtbezirk Brackel an dem Gedenken teil. Der Mensch ist erst vergessen, wenn man nicht mehr an ihn denkt. Und so ist es eine wichtige Aufgabe, den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu gedenken.

Gedenkveranstaltungen finden im Laufe eines Jahres im Juni anlässlich des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941 oder am Volkstrauertag unter Beteiligung von Schülerinnen und Schülern der Europaschule statt. Auch am 08. Mai eines Jahres wird anlässlich der Befreiung 1945 der Opfer gedacht.

Hier, auf dem Internationalen Friedhof, ruhen mehrere tausend Menschen, die aus den 15 Republiken der Sowjetunion, aus Polen und Serbien bzw. dem früheren Jugoslawien als Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter ins Ruhrgebiet verschleppt wurden und an Hunger, Krankheit und bei Bombenangriffen ums Leben gekommen sind. Den Opfern einen Namen geben. Bei der anstehenden Neugestaltung dieses Friedhofes für tausende Menschen ist es wichtig, durch Recherchen ihre Namen und Herkunft herauszufinden. Namen und Geschichten von über 3.000 sowjetischen Opfern sind mittlerweile schon bekannt.

Dieser internationale Friedhof, auch Ausländerfriedhof genannt, ist auch seit 1921 eine jüdische Begräbnisstätte. Am Eingang informiert dazu eine neue Tafel.

Ablauf: Rundgang zum jüdischen Mahnmal und Kranzniederlegung Förderverein

Danach wurden auf einem Gräberfeld weitere drei Namenstafeln aufgestellt und **Blumen** niedergelegt. Zu den Namenstafeln sagten Hanne Tölke und Dmitriy Kostovarov einige Worte.

Unser Rundgang führte uns dann weiter zum sowjetischen Mahnmal.

Kranzniederlegung Ar.kod.M. - historischer Verein zur Erforschung russischer Kriegsopferdaten

Danach zum Mahnmal für die polnischen Opfer - **Kranz der SPD Hellweg**

und schließlich zum serbischen Mahnmal

Kranz der VVN – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Zum Ende: Informationen zum Ostermarsch und zum Gedenken in der Bittermark

Karfreitagsgedenken 2024 auf dem Internationalen Friedhof

Veranstalter: Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee e.V., Ar.kod.M.e.V., VVN /BdA und SPD im Stadtbezirk Brackel



Am Karfreitag fand auf dem Internationalen Friedhof der alljährliche Mahngang statt. Rund 35 Teilnehmer*innen gedachten der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die in Dortmund ums Leben gebracht wurden. An den 4 Mahnmalen für jüdische Opfer sowie für polnische, serbische und sowjetische Kriegsoffer legten die Teilnehmer*innen Kränze und Blumen nieder. Anlässlich des Gedenkens zum Karfreitag wurden

auch 3 Namenstafeln errichtet. Namentlich erinnert wurde an Michail Kasanjuk, Galina Laktionowa und Nina Guniwa, die auf dem Internationalen Friedehof Rennweg begraben sind.

Michail Kasanjuk musste auf der Zeche Kaiserstuhl Zwangsarbeit leisten. Er war 22 Jahre alt als er im Bombenhagel in Dortmund starb. Michael wurde am 8.10.1921 in Dorf Timanowka bei Kiew geboren. Nach seiner Schulzeit machte er eine Ausbildung zum Schlosser.

Am 17. April 1941 wurde er zum Militärdienst nach Batumi in Georgien, das damals zur Sowjetunion gehörte, einberufen. Der Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 gab auch seinem Leben eine tragische Wende. Schon im August 1941 geriet er in deutsche Kriegsgefangenschaft. Zunächst kam er in ein frontnahes Lager in Ostrow-Komorowo in Polen und im September 1941 in das Stalag (Mannschaftsstelllager) 310 (XI C) nach Bergen-Belsen in Niedersachsen. Er wurde unter der Erkennungsmarke-Nr. 13982 registriert und leistete Zwangsarbeit in Bau Bataillon 151 bei Altengrabow im heutigen Sachsen-Anhalt. Im Dezember 1942 brachte man Michail in das Stalag VI A im sauerländischen Hemer und von dort sofort in das Arbeitskommando 607R Zeche Kaiserstuhl in Dortmund. Die Zeche Kaiserstuhl war damals im Besitz von Hoesch. Auf den Zechen des Ruhrgebiets herrschte durch die Einberufung junger Bergleute zur Wehrmacht Arbeitskräftemangel, der durch den Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen behoben werden sollte. So wurden die Kriegsgefangenen zu Zehntausenden auf die Zechen gebracht. Bei dem Bombenangriff auf Dortmund am 5. Mai 1943 starb Michail zusammen mit 193 weiteren Kriegsgefangenen des Arbeitskommandos 607R. Die sterblichen Überreste der Getöteten wurden auf Feld 4 des Internationalen Friedhofs ohne Nennung der Namen begraben.





Galina Laktionowa kam als junges Mädchen nach Dortmund. Sie war eine Teenagerin, 17 oder 18 Jahre alt, und musste in Dortmund Zwangsarbeit leisten. Von den annähernd 5.000.000 sowjetischen Zwangsarbeiter*innen wurden, neben den Kriegsgefangenen, auch fast 3.000.000 Zivilpersonen aus der Sowjetunion nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. 4/5 waren Mädchen und junge Frauen. Die Zwangsarbeit war somit jung und weiblich. Die jüngsten waren erst 13 Jahre alt. Von Galina Laktionowa wissen wir heute nicht mehr als ihren Namen und ihr Geburtsjahr 1925. Sie starb am 8. März 1945 in Dortmund und wurde auf dem Internationalen Friedhof auf Feld 13 begraben.

Nina Guniwa wurde im August 1945 geboren. Sie wurde nur wenige Wochen alt. Nina kam wahrscheinlich in einem Lager für displaced persons in Dortmund zur Welt. Sie war zu schwach und konnte nicht überleben. Von Nina wissen wir nur ihren Namen, ihr ungefähres Geburtsdatum und ihren Todestag. Sie wurde auf Feld 16 des Internationalen Friedhofs begraben. Auf diesem Feld befinden sich 117 Kindergräber. Die Mütter der verstorbenen Kinder mussten Zwangsarbeit in Dortmund leisten und konnten ihre Kinder deshalb nicht ausreichend versorgen.



GEMEINSAM GEDENKEN

AN DIE OPFER DER NAZI-MASSEN MORDE 1945



AM MAHNMAL BITTERMARK
KARFREITAG • 29. MÄRZ 2024 • 15.00 UHR

dortmund.de

Stadt Dortmund



Karfreitagsgedenken am Mahnmal Bittermark

Rede des Vorsitzenden des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergparkkomitee e.V., Georg Deventer

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Norbert Schilff, sehr geehrte Frau Godard, lieber Manfred Kossack, liebe Gäste aus dem In- und Ausland, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

hier am Mahnmal erinnern wir erneut an die Mordtaten der Gestapo und Sicherheitspolizei im Rombergpark und in den Bittermarker Wäldern. Wir gedenken der Frauen und Männer, die unmittelbar vor Ende des Krieges einem Verbrechen zum Opfer fielen, dass zu den größten Schandtaten in der Geschichte unserer Stadt zählt.

Mehrere hundert Menschen, Widerstandskämpfer aus Dortmund, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus der damaligen Sowjetunion, aus Frankreich, aus Polen, aus Belgien und den Niederlanden wurden ermordet. Unter den Opfern waren auch einige Widerstandskämpferinnen.



Ernst Söder, langjähriger Vorsitzender und Ehrenvorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache-Internationales Rombergparkkomitee, der im Juni letzten Jahres verstorben ist, mahnte vor 12 Jahren an dieser Stelle: „Wir haben allen Anlass, das dunkelste Kapitel unserer Geschichte vor dem Vergessen zu bewahren. Wir müssen den Nachgeborenen und künftigen Generationen immer wieder vor Augen führen, wo es schon mal geendet hat, als man die Menschenwürde in Deutschland mit Füßen trat und die Grundprinzipien mitmenschlichen Umgangs missachtete. Und viele umjubelten lange einen Führer, dem sie Allwissenheit und Allmacht zubilligte.“

Das Gedenken ist kein Selbstzweck und es darf nicht zu einem Ritual verkommen. Seit einiger Zeit mehrten sich die Stimmen, dass es nun doch endlich genug sei, zu erinnern, es müsse doch irgendwann mal ein Schlussstrich gezogen werden.

Nein, meine Damen und Herren, Verantwortung endet nicht. Und die Lehren, die aus den furchtbaren Verbrechen der Nationalsozialisten zu ziehen sind, gelten jetzt und heute. Sie mahnen uns zu einem entschiedenen Eintreten gegen Antisemitismus und Rassismus, gegen Neofaschismus, Krieg und Gewalt.

Die Mitte der Gesellschaft rückt nach rechts. Mehr Menschen als bisher – auch in den alten Bundesländern – verlassen die politische Mitte bis hin zur rechtsextremen Orientierung. 8 % der Bevölkerung haben ein verfestigtes rechtsextremes Weltbild, mehr als 16 % meinen, die Juden versuchten, aus der NS-Geschichte „ihren Vorteil zu ziehen“ und sogar 48 % haben kein Vertrauen in die Demokratie.

Ein Grund für diese negative Entwicklung ist sicher die aktuelle Häufung von Kriegen und Krisen, die Menschen verunsichert. Die sog. AfD profitiert davon.

Der Rechtspopulismus mit völkischem Gedankengut im heutigen Deutschland zeigt erschreckende Parallelen zum aufsteigenden Nationalsozialismus vor 100 Jahren. Im

Februar 1920 wird die NSDAP gegründet. Zehn Jahre später 1930 erreicht sie über 18 %. 1933 reißt sie die Macht an sich. Zwölf verheerende Jahre nehmen ihren Lauf. 2013 wird die AfD gegründet. Jetzt – elf Jahre später – liegt sie bundesweit bei 20 %.

Jedweder Populismus müsste uns doch endlich aus der Lethargie und Gleichgültigkeit holen. Es ist höchste Zeit, um für unsere Demokratie zu kämpfen und eine sichtbare demokratische Haltung einzunehmen.



Soziale Ungleichheit und das Gefühl, abgehängt zu sein, beflügeln demokratiegefährdende und menschenfeindliche Einstellungen. Im Juni 2024 finden die nächsten Europawahlen statt. Es wird sich dann zeigen, ob die demokratischen Kräfte in Europa obsiegen bzw. ob wir ein „blaues Wunder“ erleben.

Es gibt keine Alternative, als für Vielfalt, Toleranz und Demokratie einzutreten.

Am 9. Juni sind Europawahlen, am 1. September folgen Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, am 22. September in Brandenburg. Die momentane Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung befördert gerade in einer Welle populistische Parteien oder Gruppierungen nach oben.

Will man ernsthaft auf die AfD setzen, mit ihrer obskuren, dissozialen und undemokratischen Ausrichtung? Oder sind populistische Parteineugründungen eine Alternative? Wohl kaum.

Das aufgeregte Deutschland – wie es der Ruhrnachrichten-Journalist Matthias Koch benennt - muss aufpassen. Der Denkwort, den manche in diesem Jahr wütend an die da oben schicken wollen, könnte ihnen am Ende selbst schmerzhaft auf die Füße fallen.

Braunes Denken breitet sich aktuell in einem nicht mehr für möglich gehaltenen Ausmaß aus. Der Verfassungsschutz stuft die AfD-Landesverbände Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt und die sog. Junge Alternative als „gesichert rechtsextremistisch“ ein.

Als Reaktion vieler Krisen in dieser Welt ziehen sich immer mehr Menschen resigniert ins Private zurück. Nur noch knapp 40% informieren sich regelmäßig über das Weltgeschehen. Von Politik und Gesellschaft erwarten nur noch ein Viertel Gutes, wohingegen drei Viertel der Bevölkerung für das Private Optimismus zeigen.

Die Verdrängung von Krisen und die Hinwendung zum Privaten führen dazu, dass eine Mehrheit eine passive und resignative Haltung entwickelt und für den übergreifenden Wandel überhaupt nicht mehr ansprechbar ist.

Der rumänisch, US-amerikanische Schriftsteller, Hochschullehrer und Publizist Elie Wiesel (1928 – 2016) und Holocaustüberlebender von Auschwitz und Buchenwald, der 1986 den Friedensnobelpreis erhielt, hat seinerzeit Worte gefunden, die in unsere Zeit passen:

„Ich habe immer daran geglaubt, dass das Gegenteil von Liebe nicht Hass ist, sondern Gleichgültigkeit ist. Das Gegenteil von Glaube ist nicht Überheblichkeit, sondern Gleichgültigkeit. Das Gegenteil von Hoffnung ist nicht Verzweiflung, es ist die Gleichgültigkeit. Gleichgültigkeit ist nicht der Anfang eines Prozesses, es ist das Ende eines Prozesses.“

Meine Damen und Herren,
mit Hoffnung und Zuversicht erfüllen uns die bundesweiten Demonstrationen für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft, gegen die AfD und gegen Rechtsextremismus.

Bei der ersten großen Demonstration am 20. Januar dieses Jahres in Dortmund versammelten sich 30.000 Menschen in Dortmund. Der Arbeitskreis Dortmund gegen Rechtsextremismus – ein breit aufgestelltes zivilgesellschaftliches Bündnis unter dem Motto „Bunt statt Braun“ - hatte für unsere Demokratie und gegen Menschenverachtung aufgerufen. In den Wochen danach fanden dann in den Stadtteilen Mahnwachen statt, zu denen einzelne örtliche Organisationen und Netzwerke aufgerufen hatten.

Wir schweigen nicht, wenn AfD, Menschen aus der Werteunion oder Identitäre Vertreibungspläne entwickeln, die in ihrer Konsequenz die Verfolgung und Vertreibung von Millionen von Menschen bedeuten.

Wir schweigen nicht, wenn Menschen mit Migrationsgeschichte, anderer Religionen oder anderem kulturellen Hintergrund nicht zu „unserem Volk“ gehören sollen.

Wir schweigen nicht, wenn Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihres Glaubens verfolgt oder angegriffen werden.

Wir schweigen nicht, wenn Populisten gemeinsam mit Rechtsradikalen gegen die Demokratie hetzen und Pläne in Hinterzimmern schmieden, die uns alle treffen, die diese Demokratie leben und gestalten.

Wir schweigen nicht, da wir in Dortmund für ein vielfältiges und solidarisches Miteinander der Menschen in unserer Stadt eintreten.

Meine Damen und Herren,
die bundesweiten Demonstrationen sind bzw. werden hoffentlich eine nachhaltige Bewegung, die letztlich dazu beitragen könnte, Rechtspopulisten und Rechtsextreme den Parlamenten fernzuhalten. Und entscheidend wird sein, wie ich es schon sagte, wie bei den Wahlen gestimmt wird.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
heute an Karfreitag 2024 erinnern wir an die vielen Opfer der mörderischen Kriegsendverbrechen 1945. Viele von Ihnen kommen schon seit vielen Jahren an den Karfreitagen zu diesem Mahnmal und bezeugen durch ihre Anwesenheit das Eintreten gegen das Vergessen und ihre Empathie zu den Opfern, getreu dem Motto der Botschafterinnen und Botschafter der Erinnerung „Zukunft braucht Erinnerung“.

In diesem Sinne können wir auch die vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Heinrich-Czerkus-Gedächtnislaufes hier am Mahnmal begrüßen. Mittlerweile schon zum 20. Male veranstalten die Naturfreunde Kreuzviertel gemeinsam mit den Fanprojekten des BVB und weiteren Unterstützern diese eindrucksvolle Erinnerung an den BVB-Platzwart Heinrich Czerkus, der im Frühjahr 1945 von der Gestapo ermordet wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren,
bleiben wir heute durch unser gemeinsames Zusammenstehen in unseren Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Bündnissen miteinander verbunden und schöpfen daraus die Kraft, alles zu tun, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Und wie ich schon letztes Jahr bat: Bringen Sie zum nächsten Male wieder jemanden mit, der vielleicht erstmals den „Weg der Erinnerung“ zu diesem Mahnmal findet.

Herzlichen Dank.

Rede von Bürgermeister Norbert Schilff am Mahnmal Bittermark

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste aus dem In- und Ausland, sehr geehrte Frau Godard, sehr geehrter Herr Deventer, sehr geehrter Herr Kossack,

ich heiße Sie alle herzlich willkommen zum diesjährigen Karfreitagsgedenken in der Bittermark. Ich freue mich, wieder so viele Menschen hier zu sehen und auch so viele junge Teilnehmende. Wir stehen heute hier, um der unschuldigen Opfer des Zweiten Weltkriegs zu



gedenken, die in der Bittermark und im Rombergpark ihr Leben lassen mussten. Wir stehen auch hier, um ein klares Zeichen gegen die Schrecken des Krieges und für den Frieden zu setzen. Es sind Orte wie dieser, die uns mahnen, dass wir unsere Geschichte kennen und verstehen müssen, um die Gegenwart gestalten und die Zukunft sichern zu können. Auch die jüngsten Ereignisse müssen wir in diesem Sinne des Nachdenkens und des Gedenkens betrachten. Vor zwei Jahren standen wir hier in der Hoffnung, dass der Krieg in der Ukraine bald enden würde. Doch das

Leid geht weiter, Millionen leiden unter den Auswirkungen dieses Konflikts. Es bleibt unsere Pflicht, die Menschen in der Ukraine zu unterstützen und auf eine gerechte und friedliche Lösung hinzuarbeiten.

Wir gedenken hier und heute aber vor allem auch der jüngsten Ereignisse, die unsere Stadt, unser Land und die Welt erschüttert haben. Am 7. Oktober des vergangenen Jahres wurde die Welt erneut Zeuge eines schrecklichen Terroraktes. Er traf Israel völlig überraschend. Der Angriff ereignete sich am jüdischen Feiertag Simchat Tora. Die radikal-islamische Terrorgruppe Hamas feuerte aus dem Gazastreifen Raketen auf Israel ab. Fast 1.500 Menschen wurden getötet, rund 3.000 verletzt. Der Terror der Hamas richtete sich insbesondere und gezielt gegen die israelische Zivilbevölkerung mit Massakern. Darüber hinaus hat die Hamas mehr als 200 Menschen als Geiseln genommen. Im Gazastreifen werden nach israelischen Angaben noch heute über 130 Geiseln festgehalten. Diese Angriffe der Hamas auf Israel haben eine Welle der Gewalt ausgelöst, die auch uns hier in Dortmund nicht unberührt gelassen hat. Denn auch in Dortmund gibt es viele Betroffene, die die massiven Auswirkungen spüren. Sie haben vielleicht Freunde und Angehörige verloren oder diese mussten in den Krieg ziehen. Doch selbst am eigenen Leib erlebt die jüdische Gemeinde in Dortmund seitdem ein unvorstellbares Maß an Hass und Feindseligkeit. Die antisemitischen Straftaten haben sich in Dortmund laut Medienberichten fast verneunfacht.



Diese Taten sind ein dunkler Schatten, der auf unserer Stadt lastet und uns alle auffordert, zusammenzustehen und zu sagen: "Nicht mit uns." Die Pogrome und der Holocaust dürfen niemals vergessen werden. Sie sind Mahnmale der Geschichte, die uns lehren, dass aus Gleichgültigkeit und Schweigen Gewalt erwächst. Der Anschlag vom 7. Oktober ist ein Weckruf, dass Antisemitismus nach wie vor eine reale und ernstzunehmende Bedrohung ist. Es ist beschämend und zutiefst beunruhigend, dass die Solidaritätskundgebung für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nur von wenigen Menschen besucht wurde, während andere Veranstaltungen weit größere Massen mobilisieren. Dies zeigt, dass wir alle mehr tun müssen, um unsere Unterstützung für die jüdische Gemeinschaft zu zeigen und gemeinsam gegen Hass und Diskriminierung zu kämpfen. Wir stehen hier heute auch, um die Schändungen von Gedenkorten zu verurteilen, die seit Oktober dramatisch zugenommen haben. Orte, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern, wurden beschmiert und entweiht.



Dies ist nicht nur ein Angriff auf das Andenken der Opfer, sondern auch auf unsere Werte und unseren Respekt für das Leben und die Würde jedes Einzelnen. Die Polizei Dortmund hat ihre Sicherheitsvorkehrungen verstärkt, und ich danke ihnen für ihre unermüdliche Arbeit. Doch es braucht mehr als nur Schutz; es braucht Bildung und Aufklärung, beginnend in den Schulen, um Antisemitismus in all seinen Formen zu erkennen und zu bekämpfen. Wir müssen lernen, die Zeichen zu erkennen, und wir müssen jeden Versuch, die Geschichte zu verharmlosen oder zu relativieren, entschlossen zurückweisen. Meine Damen und Herren, in diesen schwierigen Zeiten ist es entscheidend, dass wir nicht nur gedenken, sondern auch handeln. Wir sind verpflichtet, für eine Gesellschaft zu kämpfen, die keine Angsträume kennt, die sauber und frei von Extremismus ist.

Dortmund bleibt bunt und weltoffen, und wir werden uns weiterhin für die Integration einsetzen. Wir müssen an unseren Schulen politische Bildung fördern und eine Kultur des Zusammenhalts und der Solidarität schaffen. Hochschulen und Schulen tragen eine besondere Verantwortung. Sie sind Orte des Lernens und der Entwicklung, Orte, an denen junge Menschen lernen sollten, wie man mit Vielfalt und Differenz umgeht. Wir müssen sicherstellen, dass sie auch Orte sind, an denen alle Studierenden, unabhängig von ihrer Religion oder Herkunft, sicher und ohne Angst lernen und wachsen können. Wir müssen anerkennen, dass Bildung der Schlüssel zur Bekämpfung von Hass und Unwissenheit ist. Wir sind bestrebt, jedem Kind und jedem Jugendlichen in unserer Stadt die bestmögliche Bildung zu ermöglichen, um ihnen zu helfen, die Welt um sie herum zu verstehen und zu gestalten. Die Investitionen in die Modernisierung unserer Schulen und die Digitalisierung unserer Stadtverwaltung sind Investitionen in eine gerechte und zukunftsfähige Stadt. Es ist unerlässlich, dass wir uns alle – als Individuen, als Gemeinschaft und als Stadt – gegen den Antisemitismus erheben. Wir müssen unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern beistehen und zeigen, dass sie ein untrennbarer und geschätzter Teil unserer Gemeinschaft sind.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Angst und Hass das Leben in unserer Stadt bestimmen. Lassen Sie uns gemeinsam für eine Gesellschaft eintreten, die auf Respekt, Vielfalt, Toleranz, Demokratie und Liebe zum Nächsten gründet. Lassen Sie uns die Erinnerung an die Vergangenheit wachhalten, damit wir die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Lassen Sie uns die Demokratie schützen, die uns so viel bedeutet, und lassen Sie uns dafür sorgen, dass Dortmund ein Ort bleibt, an dem Vielfalt gefeiert wird und an dem Antisemitismus keinen Platz hat. Während wir uns für Demokratie, Toleranz und den Schutz von Minderheiten einsetzen, dürfen wir auch das anhaltende menschliche Leid in Konfliktgebieten nicht übersehen. Insbesondere denken wir an die Menschen in der Ukraine, in Israel, Westjordanland und Gaza, die unter den täglichen Herausforderungen der Konflikte leiden.

Bedanken möchte ich mich bei dem Kinderchor, dem Posaunenchor und den Botschaftern der Erinnerung. Und ebenso bedanke ich mich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des „Heinrich-Czerkus-Gedächtnislaufes“. An der Organisation des diesjährigen Karfreitagsgedenkens haben so viele Menschen mitgewirkt, dass ich sie an dieser Stelle gar nicht alle aufzählen kann. Ihnen möchte ich meinen Dank aussprechen. Und wenn Sie sich umschauen, stellen Sie fest, Ihre Mühen waren nicht umsonst, die erneut große Beteiligung bestätigt das! Der Karfreitag ist ein christlicher Feiertag, der uns daran erinnert, dass Liebe und Mitgefühl über allem stehen. In einer Zeit voller Herausforderungen und Unsicherheiten ist es wichtiger denn je, dass wir uns auf die Werte des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit besinnen und uns für eine bessere Zukunft für uns alle einsetzen.



Möge das Gedenken an die Opfer der Bittermark uns inspirieren, für eine Welt zu arbeiten, in der solche Gräueltaten keinen Platz haben. Vielen Dank!

Bilder in diesem Artikel: Copyright Stadtarchiv Dortmund

Gedenken in Lünen am Karfreitag

Katrin Rieckermann hielt auf der Gedenkkundgebung im Südpark in Lünen folgende Rede:

Liebe Anwesende, sehr geehrte Damen und Herren,
Mein Name ist Katrin Rieckermann. Ich bin Mitglied im Förderverein Steinwache – Internationales Rombergparkkomitee in Dortmund, und ich bedanke mich, heute zu Ihnen und zu euch sprechen zu dürfen.

An diesem Ort gedenken wir der Ereignisse vor 79 Jahren - dessen, was kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschah.

Im Rombergpark und in der Bittermark in Dortmund fanden vom 8. März bis zum 12. April Massenerschießungen statt, so genannte Kriegsendphasen-Morde. Dabei kamen fast 300 Menschen verschiedener Nationalitäten zu Tode.

Zu ihnen gehörten auch sechs Lünener Kommunisten. Johann Berg, Jakob Bink, August Dombrowski, Bernhard Höltmann und Johann König wurden am 30. März, dem Karfreitag 1945, verhaftet und kurz darauf von der Gestapo erschossen. Josef Kriska wurde am 1. April im Gestapo-Gefängnis in Dortmund-Hörde erschossen, nachdem er zuvor aufs Schwerste misshandelt worden war.



Ich verneige mich vor diesen sechs Männern, die ihre Gegnerschaft gegen die Nazis mit dem Tode bezahlten, und vor all den anderen, die Widerstand gegen die Nationalsozialisten leisteten.

Sie alle waren nicht bereit, Willkür, Unrecht, Ausgrenzung, Menschenrechtsverletzungen, Zwangsarbeit, millionenfachen Mord, Diktatur und Krieg hinzunehmen.

In der Gegenwart müssen wir erneut erleben, dass sich Rechte und Rechtsextreme zusammentun. Nicht erst seit dem NSU wissen wir, dass rechtsextreme Netzwerke in Bundeswehr, Polizei und Verfassungsschutz bestehen. Neonazis treiben auf den Straßen ihr Unwesen, es gibt aber unzählige per Haftbefehl gesuchte Nazis, die über Waffen verfügen und in die Illegalität abgetaucht sind.

Aber auch auf halboffizieller Ebene schließen sich Rechte zusammen.

Im vergangenen Jahr wurde ein Treffen von Mitgliedern der CDU/CSU, der Werteunion, der AfD, namhafter Unternehmer und Neonazis öffentlich, auf dem politische Pläne geschmiedet wurden, einen großen Teil der Bevölkerung – wohin auch immer – abzuschieben (unter dem Stichwort „Remigration“).

Dies führte zu großer Empörung in der Bevölkerung. Hunderttausende gingen in fast allen deutschen Städten auf die Straßen, um gegen diese rechten Umtriebe und insbesondere gegen die AfD zu protestieren. Privatpersonen, zivilgesellschaftliche Institutionen, Firmen etc. verurteilten und verurteilen Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus.

Der Protest gegen die Rechten und das Eintreten für eine vielfältige, bunte und demokratische Gesellschaft macht Mut - zeigt er doch, dass das Krakeelen der blauen Braunen nicht überall auf fruchtbaren Boden fällt, und dass sich eine große Mehrheit der

Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gegen Rechts positioniert.

Doch hier ist es wichtig, einen genaueren Blick darauf zu werfen, warum die Hetze und Rhetorik der AfD so häufig verfängt, und warum so viele Menschen sich auf die rechten Rattenfänger einlassen.

Nicht alle, die der AfD und ihren Parolen auf den Leim gehen, haben ein explizit rechtes oder rechtsextremes Weltbild.

Aber offensichtlich sind sie unzufrieden mit der herrschenden Politik. Viele meinen, sie könnten es denen „da oben“ mal richtig zeigen, wenn sie ihnen durch ihre Zustimmung zur AfD oder eine vermeintliche Protestwahl einen „Denkzettel“ verpassen.

Sie suchen Sündenböcke für die gesellschaftlichen Probleme in Bezieherinnen und Beziehern von Bürgergeld, in Migrantinnen und Migranten oder Geflüchteten, den Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Warum?

Menschen in Deutschland leiden unter steigenden Kosten. Monat für Monat haben sie weniger Geld im Portemonnaie.

Die Inflation, ausgelöst durch explodierende Energiekosten durch den Verzicht auf russisches Gas, führt zu Reallohnverlusten.

Die Erhöhungen von Tariflöhnen und des Mindestlohns werden durch die allgemeinen Preissteigerungen aufgeessen.

Steigende Mieten verschärfen diese ohnehin schon prekäre Situation zusätzlich.

Ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen in unserem Land wächst in Armut auf, und annähernd 17 Prozent der Erwachsenen leben unterhalb der Armutsgrenze. Ebenfalls nimmt die Altersarmut drastisch zu.

Der Europarat hat Deutschland in diesem März offiziell gerügt und die wachsende Ungleichheit in der Bundesrepublik angeprangert, die – ich zitiere – „in keinem Verhältnis zum Reichtum des Landes“ steht.

Bereits vor etwa 20 Jahren prägten Soziologen den Begriff des „abgehängten Prekariats“. Damit wurden und werden Menschen bezeichnet, die aufgrund ihrer materiellen Lage keinen gesellschaftlichen Aufstieg für sich und ihre Kinder sehen. Sie neigen daher dazu, sich zurückzuziehen, ihre demokratischen Rechte nicht mehr wahrzunehmen, nicht mehr wählen zu gehen, und wenn, dann eher rechte Parteien.

Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten, will man den rechten Sumpf zumindest ansatzweise trockenlegen.

Von Armutsforschern, Soziologen und auch dem Europarat wird dringend gefordert, die wachsende Armut und die steigende Wohnungslosigkeit zu bekämpfen.

Die Daseinsvorsorge der Menschen in unserem Land darf nicht weiter geschleift werden. Nur so kann den Rechten das Wasser abgegraben werden.

Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Umwelt und Sozialstaat sind unerlässlich.

Wenn 20 Prozent des kommenden Bundeshaushalts für Rüstung ausgegeben werden sollen, wird dies problematisch.

Clemens Fuest, Präsident des ifo-Instituts, hat in diesem Zusammenhang in einer Sendung bei Maybrit Illner jüngst geäußert: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ Der Sozialstaat, so Fuest, werde noch nicht abgeschafft, aber „er wird kleiner“.

Olaf Scholz deutete auf der Münchner Sicherheitskonferenz im vergangenen Monat an, dass Kürzungen bei Renten und Sozialausgaben nötig sein könnten, um die Verteidigungsausgaben langfristig zu erhöhen.

Dies ist Wasser auf die Mühlen der Rechten.

Natürlich spricht die AfD mit gespaltener Zunge. Sie prangert einerseits die Missstände an, andererseits stimmt sie alle Sozialkürzungen im Parlament mit durch und hat in ihrem Programm Einschnitte bei Renten und Sozialausgaben festgeschrieben.

Die Rechten sind keine Lösung, sie sind Teil des Problems. Ihnen müssen wir entschlossen entgegentreten.

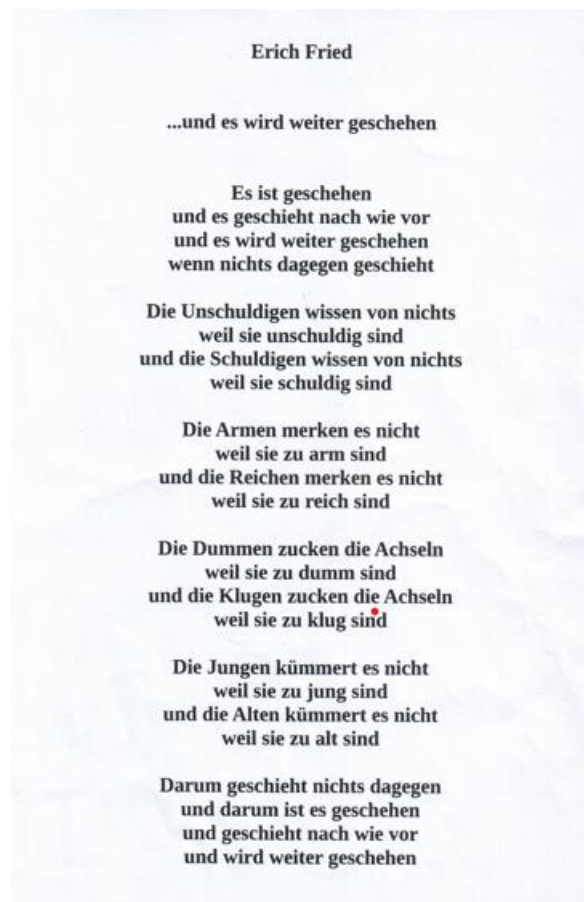
Aber auch ein Politikwechsel ist in unserem Land dringend nötig!

Eine wachsende Verarmung und Perspektivlosigkeit werden noch weiter zunehmende gesellschaftliche Spannungen erzeugen.

Ohne einen funktionsfähigen Sozialstaat kann es keine Solidarität, keinen Zusammenhalt und keine demokratische Zivilgesellschaft geben!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gedenken in Lippstadt am Karsamstag, Grußwort von Wolf Stötzel



Werte Anwesende,

das vorangestellte Gedicht von Erich Fried macht mich nachdenklich, weil er uns warnt!

Vor zwei Jahren stand ich hier schon einmal und konnte vor Ihnen sprechen.

Ich habe versucht, die Erinnerung an die beiden hiesigen Frauen-Außenlager des KZ Buchenwald wach zu halten.

Ich berichtete auch von Naftali Fürst, dem Präsidenten des „Internationalen Komitees Buchenwald/Dora und Kommandos“, einem Israeli, der in Bratislava geboren wurde.

Ich berichtete auch von seiner Mutter, die hier im Außenlager des KZ Buchenwald in Lippstadt Zwangsarbeit leisten musste.

Der Plan der Faschisten war es, sie und ihre Kameradinnen vor deren Ermordung durch Arbeit in der Rüstungsindustrie zu „vernutzen“.

Die Frauen, die zum Beispiel durch Krankheit nicht für die Rüstung arbeiten konnten, wurden

auch hier aus Lippstadt gnadenlos in das KZ Bergen-Belsen verbracht, der zumeist letzten Station ihres Lebens.

Der Sieg der Alliierten rettete das Leben vieler Frauen, Männer, Kinder, Greise und Kranke. Wenn wir hier am Gedenkstein für die ermordeten 13 französischen Zwangsarbeiter stehen und uns zurecht ihrer erinnern, dann habe ich ein ganz besonderes Foto vor Augen.

Es zeigt 12 Frauen, die Ihre mit einem gelben Fluchtkreuz gekennzeichneten Mänteln der Kamera entgegenhalten.

Kurz zuvor waren die auf dem Todesmarsch Befindlichen von Lippstadt kommend von den Amerikanern in der Nähe von Kaunitz befreit worden.

In den Gesichtern der Frauen zeichnen sich bereits Glücksmomente ab.

Wie schön und stolz sehen sie bereits aus mit erkennbarem wiedererlangtem Selbstbewusstsein.

Unter ihnen Margit Fürst, die Mutter von Naftali, der in Buchenwald auf dem Ettersberg am 11. April 1945 seine Befreiung erlebte.

Ja, es ist vielleicht ein Zufall, dass sie am Ende der faschistischen Herrschaft überlebten.

Dieses Glück hatten die hier auf dem Gedenkstein Verzeichneten nicht.

Es ist gut und sehr notwendig, wenn sich hier alljährlich Lippstädter Bürger versammeln.

„Wider das Vergessen“ heißt wachsam sein gegenüber demokratiefeindlichen Entwicklungen hier in Deutschland.

Als ich vor zwei Jahren hier schon einmal sprach, hatte ich mir die wachsende Erosion demokratischer Verhältnisse in diesem Land nicht vorstellen können.

Mein Vater, der mehr als 11 Jahre Zuchthaus und KZ überstand, erzählte mir in meiner Jugend, wie sich die Faschisten in die demokratischen Intuitionen hineinfraßen.

Und heute?

Ich mache mir Sorgen, weil sich Menschen mit ähnlicher Gesinnung zunehmend in der AFD und anderen rechtsnationalen Parteien und Organisationen sammeln können.

Hatten wir das nicht schon einmal?

Naftali Fürst und mein Vater sind sich am 19. April auf dem Appellplatz vielleicht begegnet.

Das ist der Tag, an dem der „Schwur von Buchenwald“ gesprochen wurde mit der Kernaussage:

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Hatte sich mein Vater vorstellen können, dass sein Sohn den Schwur vor Augen, weiterhin um dessen Verwirklichung kämpfen muss?

Ich glaube nicht.

So habe ich mir also den Schwur zu eigen gemacht.

Da bin ich nicht alleine und froh darüber, gemeinsam mit Ihnen hier an der Joseph-Kirche an dem Gedenkstein zu stehen und zu wissen, dass es so oder ähnlich nicht wieder kommen darf.

Das macht stark und zuversichtlich.

Am 11. April begehen wir den 79. Jahrestag der Befreiung und Selbstbefreiung des KZ Buchenwald.



Das System Buchenwald mit seinen 139 Außenlagern wurde dann Geschichte, aber nicht vergessen.

Das Leiden nahm sein Ende.

Auch die 1.161 jüdischen Frauen aus Lippstadt, von etwa 27.500 weiblichen Häftlingen des KZ-Systems Buchenwald, konnten wieder nach Hause.

Viele Jüdinnen reisten nach Israel in ein vermeintlich sicheres Land, was es dann nie war.

Das traumatisierte jüdische Volk wehrt sich mit allen Mitteln gegen die Feinde Israels.

Wir hoffen, dass es zu einem legitimen Maß findet, um in der Region auf Dauer für sich und seine Nachbarn zu einem Verhältnis von Sicherheit, Frieden und gegenseitiger Achtung zu gelangen.

Im Mai wird in Weimar im sogenannten Gauforum eine große Ausstellung mit dem Thema „Zwangsarbeit“ eröffnet.

Ich bin mir sicher, dass die Außenlager von Lippstadt mit Dokumenten und auch mit dem eben geschilderten Foto dort dargestellt werden.

Und eben dieses Foto wird auf dem Appellplatz als Großfoto bei der Veranstaltung zum Jahrestag der Befreiung am 14. April gezeigt.

Liebe Lippstädter Bürger,

bewahren Sie Ihre Tradition des Gedenkens an der Joseph-Kirche.

Erzählen sie unverdrossen den nachwachsenden Generationen von den Ereignissen, die diesen Gedenkstein rechtfertigen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Wolf Stötzel

Karsamstag 2024

Grußwort von Hanne Tölke in Lippstadt an Karsamstag 2024

Gestern haben wir in Dortmund am Mahnmal in der Bittermark der Opfer gedacht, die im Zuge der Kriegsendverbrechen 1945 von der Gestapo und Sicherheitspolizei ermordet wurden.

Das Gedenken an die sechs Arbeiter des Lippstädter Union Werkes und an die sieben französischen Zwangsarbeiter, die auch in Dortmund ermordet wurden, wird mittlerweile seit 30 Jahren vom DGB und der Stadt Lippstadt durchgeführt.



Die Initiative für das dauerhafte Gedenken an Karsamstag kam damals vom damaligen Kreisvorsitzenden des DGB Hellweg/ Hochsauerland Ernst Söder. In den Jahren zuvor hatte die Dortmunder Antifaschistin Lore Junge die Gewerkschaften immer wieder daran erinnert, nicht nur einen Kranz niederzulegen, sondern auch ein öffentliches Gedenken durchzuführen.

Seit 1995 ist es nun gute Tradition, dass wir auch aus Dortmund als Vertreter des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee hier am Gedenkstein sprechen.

Letztmalig konnte Ernst Söder 2022 hier an der Gedenkveranstaltung teilnehmen.

Am 30. Juni 2023 ist unser Ehrenvorsitzender nach kurzer schwerer Erkrankung im Alter von 84 Jahren verstorben. „Alle Bedeutung des Lebens

liegt im Handeln für die Gemeinschaft“. Mit diesem Wort von Thomas Carlyle überschrieb er vor einigen Jahren seine Lebenserinnerungen in der Autobiographie „Es gibt für alles eine Zeit“.

In seinem beruflichen Leben und im zivilgesellschaftlichen Engagement als Gewerkschaftler, Sozialdemokrat und Antifaschist verfolgte er unermüdlich das Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Für ein Leben geprägt vom Ehrenamt erhielt er 1989 die Ehrennadel der Stadt Dortmund und 2004 das Bundesverdienstkreuz am Bande. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlieh ihm 2008 die Alfred-Gundlach-Medaille für seine Verdienste bei der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Interessen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die SPD in Stadtbezirk Hombruch zeichnete ihn 2006 für sein soziales und engagiertes Bürgerverhalten und Eintreten für Vielfalt, Toleranz und Menschlichkeit mit dem Ewald-Sprawe-Preis aus.

Ernst Söder war von 1999 Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache, und auch nach dem Zusammenschluss mit dem Internationalen Rombergparkkomitee 2011 dessen Vorsitzender bis im Jahre 2020. In dankbarer Anerkennung wählten die Mitglieder Ernst Söder zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

In unserer Stadtgesellschaft hat er wesentlich dazu beigetragen, dass die Gedenk- und Erinnerungskultur einen hohen Stellenwert erfahren hat und auch überregional Vorbildfunktion besitzt. Es ist ihm immer wichtig und unabdingbar erforderlich gewesen, die jüngere Generation mit einzubeziehen und gegen Menschenfeindlichkeit, Populismus, Rassismus und Antisemitismus einzutreten.

Wir bedanken uns bei unserem Freund und Mitstreiter, den wir schmerzlich vermissen. Die Spuren seines Lebenswerkes und die Zeit mit ihm werden stets in uns lebendig sein.

„Es wird weiter geschehen“

Stadt und DGB-Kreisverband gedenken Kriegsoffizieren, die starben, weil sie ihr Brot geteilt hatten

VON HELGA WISSING

Lippstadt – „Wir gedenken ihrer, weil sie fehlen, ihren Angehörigen, ihren Freunden und uns allen in unserer Mitte. Sie lebten in einer barbarischen Zeit, in der die Prinzipien der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit abgeschafft wurden.“ Mit anrührenden Worten erinnerte der DGB-Kreisvorsitzende Holger Schild am Karfreitag traditionell vor dem Gedenkstein an der St.-Joseph-Kirche an 13 Menschen, die kurz vor Kriegsende noch Opfer der Nationalsozialisten wurden.

Sechs deutsche Arbeiter der Lippstädter Union-Werke waren gemeinsam mit sieben französischen Zwangsarbeitern in der Nacht auf Karfreitag 1945 erschossen worden, weil sie mit diesen ihr Brot geteilt hatten. In der derzeitigen politischen Lage sei es wichtiger denn je, sich für Solidarität einzusetzen, betonte die stellvertretende Bürgermeisterin Sabine Pfeffer in ihrer Rede. „Welchen Mut bringen wir heute auf, um Unge-

rechtigkeit und Lügen entgegenzustehen?“, stellte sie die rhetorische Frage. Es müsse nicht immer nur bei den großen Themen sein, wie beim Ukraine-Krieg oder Gaza, sondern vielmehr auch im Alltag.

Zu den auswärtigen Besuchern gehörte Wolf Stötzel vom Buchenwald-Komitee aus Berlin, der eindrucksvoll ein Gedicht von Erich Fried mit dem Titel „Es wird weiter geschehen“ zitierte. In seiner Rede erinnerte er unter ande-

rem an die Lippstädter Zwangsarbeiterinnen.

In Vertretung für den ursprünglich angekündigten Georg Deventer vom Internationalen Rombergpark-Komitee übernahm Hannelore Tölke das Wort. Die Initiative für

das dauerhafte Gedenken am Karfreitag werde mittlerweile seit 30 Jahren vom DGB

und der Stadt Lippstadt durchgeführt. In den Jahren zuvor habe die Dortmunder Antifaschistin Lore Junge die Gewerkschaften immer wieder daran erinnert, nicht nur einen Kranz niederzulegen, sondern auch ein öffentliches Gedenken durchzuführen: „Seit 1995 ist es eine gute Tradition dass wir auch aus Dortmund als Vertreter des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache – Internationales Rombergpark Komitee hier zum Gedenken sprechen.“ Dabei erinnerte die Rednerin auch an den verstorbenen Ehrenvorsitzenden Ernst Söder.

Musikalisch umrahmt wurde die in diesem Jahr ausgesprochen gut besuchte Veranstaltung, die wieder mit dem Lied „Die Moorsoldaten“ endete, von Bianca Zielke (Gesang) und Jörg Schnieder (Klavier). Einen besonderen Moment bot Hermann-Josef Skutnik mit einer Rezitation des Gedichtes „Der Kälbermarsch“.



Traditionelle Kranzniederlegung (v.l.): Sabine Pfeffer, Holger Schild, Hannelore Tölke und Wolf Stötzel. FOTO: WISSING

Pressemitteilung aus dem Lippstädter „Der Patriot“ vom 2. April 2024

Infostand bei Demokratiekonferenz im Lensing-Carrée

Die Koordinierungsstelle der Stadt Dortmund mit dem Partnerschaftsprojekt „Demokratie leben“ - vertreten mit der Mitarbeiterin Kim Wollnik - veranstaltete in Kooperation mit den Quartiersdemokraten in Dorstfeld und der Beratungsstelle ADIRA am 25.4.2024 eine sog. Demokratiekonferenz.



Anlass waren auch die zahlreichen Demonstrationen und Mahnwachen für Demokratie, gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, die seit Januar in Deutschland und so auch seit dem 20. Januar in Dortmund stattfanden bzw. noch stattfinden. Es gab auch in Dortmund nach diesem „gesellschaftlichen Weckruf“ viele Anfragen zu Möglichkeiten des Engagements.

Bei der Demokratiekonferenz konnten wir neue interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter der zahlreichen Initiativen, Bündnisse, Vereine und Institutionen, die sich im Themenfeld bewegen, näher kennenlernen und mit ihnen ins Gespräch kommen.

Zur Konferenz mit etwa 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehörte ein Inputvortrag der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg“ sowie Workshops zu Möglichkeiten, im Quartier tätig zu werden.

Die Möglichkeit, ihr Tätigkeitsfeld vorzustellen, nutzten zahlreiche Bündnisse, Initiativen und Vereine, so auch der Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee.



Gedenkstättenfahrt nach Bergen-Belsen und Celle

Die Gedenkstätte Bergen-Belsen

Die Gedenkstätte Bergen-Belsen liegt rund 60 Kilometer nordöstlich von Hannover und 25 km nördlich von Celle. Während des Zweiten Weltkrieges bestand hier ein Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht. Die meisten der etwa 20.000 Opfer waren sowjetische Kriegsgefangene. Sie wurden auf dem Lagerfriedhof einen Kilometer entfernt begraben. 1943 richtete die SS auf einem Teil des Geländes ein Konzentrationslager ein. Hier starben mindestens 52.000 Männer, Frauen und Kinder, die meisten in den letzten Kriegsmonaten. Bei der Befreiung am 15. April 1945 fanden britische Soldaten Tausende unbestattete Leichen und zum Skelett abgemagerte todkranke Menschen vor.





Die Toten des Konzentrationslagers wurden auf dem Lagergelände in Massengräbern bestattet. Gräber, Mahnmale und Gedenksteine erinnern an ihr Leiden und Sterben. Nur noch wenige Fundamente weisen auf das frühere Lager hin. Nach der Befreiung entstand in den nahegelegenen ehemaligen Wehrmachtskasernen ein Displaced Persons Camp. Bis 1950 lebten hier im größten jüdischen DP-Camp Deutschlands bis zu 12.000 Menschen. 1945 ordnete die britische Militärregierung die Errichtung eines Gedenkortes an. 1952 wurde ein zentrales Mahnmal eingeweiht. Seit 1966 informieren Ausstellungen über die Geschichte des Konzentrationslagers und seit 1990 auch über die Geschichte des Kriegsgefangenenlagers.

Die wohl bekanntesten Insassen des KZ waren die Geschwister Margot und Anne Frank, die 1944 mit einem Zug von Auschwitz nach Bergen-Belsen gebracht wurden, wo beide im Frühjahr 1945 verstarben. Angehörigen der beiden Schwestern ließen nach der Befreiung des KZ einen Gedenkstein errichten.



Dokumentationszentrum

Um der nationalen und internationalen Bedeutung des Ortes gerecht zu werden, hat die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten mit finanzieller Unterstützung von Bund und Land ein neues Dokumentationszentrum errichtet, das im Oktober 2007 eröffnet wurde. Die neue Dauerausstellung umfasst mehrere Teilausstellungen:

- Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht 1939-1945
- Konzentrationslager Bergen-Belsen 1943-1945
- Displaced Persons Camp Bergen-Belsen 1945-1950
- Strafverfolgung nach 1945

Die Ausstellungen setzen auf die Wirkung historischer Zeugnisse. Mit Texten, Fotografien, Dokumenten, Gegenständen und Ausschnitten aus zahlreichen lebensgeschichtlichen Videointerviews mit Überlebenden werden die Besucher über die Geschichte des Ortes Bergen-Belsen informiert.





Unter der sach- und fachkundigen Führung von Guy Band konnten in der 4½-stündigen Führung gute Einblicke in die Gedenkstätte gegeben werden und Hintergrundwissen vermittelt werden. Der in Israel geborene Guy Band ist heute in der Gedenkstätte für die pädagogische Ausbildung der Gästeführer der Gedenkstätte zuständig.

Schon bei der fast einstündigen Einführung zu Beginn der Führung im pädagogischen Zentrum der Gedenkstätte entwickelten sich intensive Gespräche.

Besonderen Eindruck hinterließ das Dokumentationszentrum mit seinen Ausstellungsbereichen mit zahlreichen Dokumenten, Fotografien, Filmen und Objekten aus nationalen und internationalen Archiven, privatem Besitz und der umfangreichen Sammlung der Gedenkstätte.

Durch Tagebücher, Briefe, Zeichnungen, Erinnerungsberichte und Zeitzeugeninterviews ist die Perspektive der Opfer und Überlebenden vielfältig in den Ausstellungen präsent.

Das 2007 eröffnete Dokumentationszentrum ist ein 18 Meter breites, teils zweigeschossiges, fast 200 Meter langes Betongebäude und wurde von den Braunschweiger Architekten Engel und Zimmermann geplant. In seiner einfachen, aber überwältigenden Ästhetik verstärkt es beim Besucher Betroffenheit und Empathie mit den Opfern.



Die Gedenkstättenfahrt führte die Gruppe zum Abschluss des ersten Tages nach Celle mit Übernachtung im "Intercity-Hotel", am Rande der Altstadt gelegen. Beim gemeinsamen Abendessen in der Altstadt und anschließendem Zusammensein konnte bei guten Gesprächen das in Bergen-Belsen Erlebte reflektiert werden.



Exponate in der Ausstellung

Celle



Die Residenzstadt Celle liegt im Bundesland Niedersachsen und ist mit ca. 70.000 Einwohnern das malerische Südtor zur Lüneburger Heide. Die Stadtkirche und das Alte Rathaus gehören zu den ältesten Bauwerken der Stadt, Inseln in einem Meer von Fachwerk aus verschiedenen Jahrhunderten; darunter auch die Celler Synagoge und das Hoppener Haus von 1532, ein überreich mit Schnitzereien versehenes Giebelhaus, stattliche sechs Geschosse hoch. Ihm gegenüber stehen zwei sprechende Laternen, die den verblüfften Besuchern Fakten, Anekdoten

oder auch witzige Sprüche und kleine Sketche vortragen. Ebenfalls in der Innenstadt wurde das Herzogsschloss errichtet, das wohl bedeutendste Bauwerk der Stadt, das auf eine Anlage aus dem 13. Jahrhundert zurückgeht. Ab 1530 wurde es zunächst zum Renaissance- und später zum Barockschloss umgebaut. Heute sind das Schlosstheater und das Residenzmuseum die Hausherren der prächtigen Residenz.

Die Altstadtführung bei strahlendem Sonnenschein wurde fachkundig und humorvoll von der Celler Gästeführerin Christa Förster durchgeführt.

Einzelne Teilnehmer/innen konnten dann auch noch die Celler Synagoge besuchen, die in eine Häuserzeile gebaut ist und so bei den Pogromen 1938 nicht nieder gebrannt wurde. Die Gefahr, dass Nachbargebäude durch Feuer zerstört würden, war zu groß.



Zum Abschluss der Stadtführung eine Anekdote:

Die Sage lautet, dass Herzog Otto II. während eines Turniers auf der Stechbahn vom Pferd gestürzt sei und dabei den Tod gefunden habe. Das in der Stechbahn in das Straßenpflaster befestigte Hufeisen erinnert an diese Legende. Die in den Stein gemeißelte Jahreszahl 1471 nennt das Todesjahr des Herzoges. Schon im Jahre 1763 wird diese Erinnerungsstätte erstmalig erwähnt. Heute heißt es, sich mit beiden Füßen auf das Hufeisen zu stellen, die Augen zu schließen und sich einen Wunsch zu denken, ohne ihn auszusprechen.

Nun gut, der Verfasser dieses Berichtes hat es auch versucht. Doch leider ist an diesem Tag der Europawahl sein Wunsch, die AfD möge unter 10 % zu bleiben, nicht in Erfüllung gegangen.

Die ausgefüllten Fragebögen zur Bewertung der zweitägigen Fahrt durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten ausnahmslos nur gute bis sehr gute Noten, so z.B. hinsichtlich abwechslungsreicher und gut strukturierter Studienreise, zur Organisation, zur Erwartung an die Reise, zur Vermittlung von Hintergrundwissen, zur Beurteilung von politischen und geschichtlichen Sachverhalten und insbesondere zum Wohlfühlen in der Gruppe.

Text: Georg Deventer, Bilder: Heinz Höhne und Förderverein

Gedenkstättenfahrt Bergen-Belsen mit Celle

Programm

1. Tag, Samstag, 08. Juni 2024

- 07.30 Uhr Abfahrt mit dem Reisebus ab Steinwache
- 11.00 Uhr Ankunft an der Gedenkstätte Bergen-Belsen und Mittagssnack im Café der Gedenkstätte
- 12.00 Uhr Geführte Besichtigung der Gedenkstätte
- 16.45 Uhr Weiterfahrt nach Celle und Check-In im Hotel InterCity
- 18.00 Uhr Gemeinsames Abendessen in „Martas Restaurant“

2. Tag, Sonntag, 09. Juni 2024

- morgens Frühstück im Hotel
- 10.00 Uhr Stadtführung zur Besichtigung der Altstadt von Celle
- 12.00 Uhr individuelle Mittagspause
- 13.30 Uhr Abfahrt, 17.00 Uhr Ankunft in Dortmund



Gedenkveranstaltung auf der Kulturinsel des Phoenix-Sees in Dortmund-Hörde

Erinnern-Mahnen-Gedenken

Der Förderverein erinnerte am 22. Juni 2024 an den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion und an das Schicksal der Menschen, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden. Etwa 40 Teilnehmer/innen konnte der Vorsitzende des Fördervereins **Georg Deventer** begrüßen, darunter auch in Vertretung des Oberbürgermeisters den Bezirksbürgermeister des Stadtbezirk Hörde, Michael Depenbrock.

Das Mahnmal am Phoenix-See hatte im August 2020 der damalige Oberbürgermeister Ullrich Sierau der Stadtgesellschaft übergeben.

Hanne Tölke, stellv. Vorsitzende, moderierte die eindrucksvolle Veranstaltung und erinnerte an den 22. Juni 1941, als Nazi-Deutschland die Sowjetunion überfiel:

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße alle zur diesjährigen Gedenkstunde, die wir in Erinnerung an den Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion durchführen.

Am 22. Juni 1941 um 3.05 Uhr überschritt die deutsche Wehrmacht die Grenzen zur Sowjetunion. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion hatte begonnen. Dieser Angriffs- und Vernichtungskrieg war lange geplant. Bereits in den 1920zigern sprach Hitler darüber. Das Unternehmen Barbarossa war Hitlers immer geplanter eigentlicher Krieg. Für diesen Krieg war der Mord an Millionen Menschen geplant. Im Jahr 1940 begannen konkrete Planungen.



Heute werden die Begriffe Vernichtungskrieg und Völkermord häufig bemüht. Was Vernichtungskrieg und Völkermord tatsächlich sind, zeigt der Überfall auf die Sowjetunion.

Am 30. März 1941 hielt Hitler vor 100 Befehlshabern und Stabschefs des künftigen Ostheeres eine Rede. Dort führte er aus, der Kampf hier unterscheide sich vom Kampf im Westen. Im Unterschied zum bisherigen Krieg ging

es nicht mehr darum einen militärischen Gegner zu besiegen, sondern eine Weltanschauung, den Bolschewismus, zu bezwingen. Die Eliten, politische Kommissare in der Roten Armee wie auch die kommunistischen Funktionäre im Staats- und Verwaltungsapparat sollten vernichtet werden. Auch die sowjetische Gesellschaft musste zerstört werden. Rohe, von keiner Rechtsnorm eingegrenzte Gewalt sollte angewandt werden.

Für diese Art der Kriegführung erarbeitet die Wehrmachtsführung in den folgenden Monaten vier Grundsatzbefehle:

Am 13. Mai 1941 den Kriegsgerichtsbarkeitserlass, die für Delikte der Zivilbevölkerung sonst zuständigen Kriegsgerichte wurden abgeschafft. Die massenhafte Ermordung von Zivilisten und Kombattanten ohne Rechtsgrundlage war Kern des Erlasses.

Am 19. Mai 1941 die „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland“, sie enthielten die Definition des Feindes und verlangten rücksichtsloses Durchgreifen gegen die einheimische, insbesondere jüdische Bevölkerung, und gegen jeden Widerstand.

Am 6. Juni 1941 den Kommissarbefehl, Kommissare der Roten Armee aber auch zivile sowjetische Parteifunktionäre sollten schon wegen des bloßen Verdachts von Widerstand oder Sabotage sofort hingerichtet werden.

Am 16. Juni 1941 die Bestimmungen über die Kriegsgefangenen, die den Kriegsgefangenen zustehenden Rechte, ausreichende Ernährung und medizinische Versorgung, waren faktisch außer Kraft gesetzt. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher, als Gefangener, kein Kamerad. Im Osten sei Härte mild für die Zukunft.

Diesen Befehlen lagen höhere Weisungen zugrunde:

1. Die Wehrmacht sollte sich aus dem Land ernähren und alle Überschüsse der Heimat zuführen. Dabei waren sich die beteiligten Stellen darüber im Klaren, dass zweifellos zig Millionen Menschen in der Sowjetunion verhungern werden.
2. 31 Millionen Einwohner der Sowjetunion sollten deportiert und ermorden.
3. Dazu zählten auch die jüdische Bevölkerung in der Sowjetunion, sie sollte erfasst und ermordet werden.

Tatsächlich wurden in den folgenden vier Jahren 27.000.000 sowjetische Menschen ums Leben gebracht. Dies sollten wir auch heute in unserer Beziehung zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion immer in Erinnerung behalten und als Verpflichtung zu Frieden und Versöhnung sehen.

In den ersten Jahren des Krieges wurden 2.800.000 Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Es waren junge Frauen und Männer, sehr viele waren Teenager. Wer versuchte, dem Zwang zur Arbeit zu entkommen, wurde mit Haft in einem Arbeitserziehungslager bestraft. In diesen Lagern der Gestapo herrschten lebensbedrohliche Bedingungen. Auch in Hörde befand sich ein solches Arbeitserziehungslager. Hier am Denkmal für die Zwangsarbeiter*innen erinnert Iris Bernert-Leushacke heute an die Menschen, die in diesem Lager eingesperrt waren.



Bleibt wachsam und zieht Lehren aus dem Angriffskrieg gegen die Sowjetunion. Die Sowjetunion hat sich unter unglaublich hohen Verlusten gegen den Aggressor verteidigt. Nach drei verlustreichen Jahren wurde am 20. Juni 1944 Weißrussland durch die Rote Armee befreit. Der Vernichtungskrieg, die Ermordung von Millionen Menschen, die Zerstörung tausender Dörfer und Städte, die Vernichtung wertvoller Kulturgüter in der Sowjetunion, sollte uns heute Verpflichtung zum Frieden und zur Versöhnung sein.

Doch heute findet in Deutschland und Europa eine unglaubliche Hochrüstung statt. Der deutsche Militärhaushalt soll auf 90 Mrd. Euro wachsen, Deutschland soll eine führende Militärmacht werden. Diese Hochrüstung richtet sich heute gegen Russland. Mit dieser Hochrüstung geht eine Revision des Geschichtsbildes und der Sicht auf den

verbrecherischen Krieg Nazideutschlands gegen die Sowjetunion einher. Diese historischen Wahrheiten passen nicht zur gegenwärtigen Kriegspropaganda.

Darum lasst uns wachsam bleiben gegen jeden Versuch, die Geschichte im Interesse einer neuen Kriegspolitik umzudeuten. „Nie wieder“ heißt: Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg. Sagt nein zu jeder Geschichtsrevision. Lasst uns gemeinsam erzählen, wie es wirklich war. Der Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion kostete 27.000.000 Menschen das Leben. Sie stammten aus allen Republiken der Sowjetunion.

Grußwort des Bezirksbürgermeisters Hörde Michael Depenbrock

Sehr geehrter Herr Deventer, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

ich begrüße Sie alle herzlich zur heutigen Gedenkveranstaltung am Mahnmal hier auf der Kulturinsel am Phoenix See.

Vor 83 Jahren, am 22. Juni 1941, begann mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion eines der düstersten Kapitel unserer Geschichte. Unzählige Menschen verloren ihr Leben, wurden entwurzelt und ihrer Heimat beraubt. Heute sind wir hier zusammengekommen, um uns dieser schmerzlichen Vergangenheit zu erinnern und den Opfern zu gedenken. Gedenken heißt für uns nicht nur zurückzublicken, sondern auch die Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Die schrecklichen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs mahnen uns, alles dafür zu tun, dass sich derartige Gräueltaten niemals wiederholen.

Es ist unsere Pflicht, dem Hass und der Intoleranz in unserer Gesellschaft entschieden entgegenzutreten. Wir müssen für eine friedliche, gerechte und solidarische Welt eintreten. In diesem Kontext möchte ich dem Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergpark-Komitee e.V. meinen tiefen Dank aussprechen. Insbesondere Ihnen, Herr Georg Deventer, gebührt unser besonderer Dank für Ihr unermüdliches Engagement. Ihr Einsatz stellt sicher, dass die Erinnerung an die Opfer wachgehalten wird und wir aus der Geschichte lernen können.



Dank des Engagements von Vielen haben wir hier in Dortmund einen Ort des Gedenkens, der uns die Möglichkeit gibt, innezuhalten und über die Konsequenzen von Krieg und Gewalt nachzudenken.

Gedenken braucht aber auch den richtigen Rahmen, daher findet das Gedenken heute hier in Hörde und nicht am eigentlich Gedenkort, dem Gedenkstein zum Stalag 1939-1945 am der Westfalenhalle statt. Es ist wichtig, dass wir uns daran erinnern, dass Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie müssen immer wieder neu errungen und geschützt werden.

Die Geschichte lehrt uns, wie zerbrechlich diese Werte sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass Ignoranz und Gleichgültigkeit die Oberhand gewinnen. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, durch Aufklärung und Engagement den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Nur so können wir

sicherstellen, dass kommende Generationen in einer Welt aufwachsen, die von Respekt und Menschlichkeit geprägt ist. In Zeiten, in denen antisemitische und

rassistische Tendenzen wieder stärker sichtbar werden, ist es wichtiger denn je, dass wir uns entschieden dagegenstellen.

Gedenkveranstaltungen wie diese sind ein wichtiger Beitrag, um die Schrecken der Vergangenheit wachzuhalten und unsere Verpflichtung gegenüber der Zukunft zu betonen. Und wenn jemand fragt, ob in der heutigen Situation dieses Gedenken noch richtig ist, dann kann man nur Antworten: Selbstverständlich! Denn Unrecht von damals wird durch Unrecht von heute nicht weniger Unrecht werden.

Ich danke Ihnen allen, dass Sie heute hier sind und damit ein Zeichen setzen. Lassen Sie uns gemeinsam die Erinnerung an die Opfer lebendig halten und uns gleichzeitig für eine Welt einsetzen, in der Krieg, Hass und Ausgrenzung keinen Platz haben.

Herzlichen Dank.

Zum Thema „Arbeitserziehungslager“ sprach **Iris Bernert-Leushacke**, stellv. Vorsitzende. Ihren Redebeitrag möchten wir hier wiedergeben:

Das Nazi-Lagersystem schien sehr erforscht zu sein. Anfang der 2000er-Jahre wurde endlich auch die dritte Säule des Nazi-Lagersystems erstmals systematisch erforscht: die „Arbeitserziehungslager“ (AEL).



Diese dritte Säule des Nazi-Lagersystems wird auch als „KZs der Gestapo“ bezeichnet (Gabriele Lofti). Und mit dieser treffenden Bezeichnung wird auch klar, was die „Arbeitserziehungslager“ eigentlich waren: ein Zwangs- und Straf-Instrument des Polizeiapparates.

Die eigentliche Gründung der „Arbeitserziehungslager“ (AEL), im weiteren AEL genannt, geht auf die Errichtung des sogenannten „Westwalls“ zu Beginn des 2. Weltkrieges zurück. Mit noch vornehmlichen deutschen männlichen Arbeitskräften wurden umfangreiche

Bauarbeiten durchgeführt. Um auch geringste Verweigerungen oder Bummeleien zu sanktionieren, wurden die Bauarbeiter Strafen unterzogen. Mit Fortdauer des Kriegsgeschehens und dem zunehmenden Einsatz von Zwangsarbeitenden wurde das Prinzip der AEL systematisiert.

„AEL waren nach der Definition des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, in seinem Erlass vom 28. Mai 1941 bestimmt für Arbeitskräfte, die die Arbeit verweigerten oder in sonstiger Weise die Arbeitsmoral gefährdeten und deren Verhalten einer Sabotage gleichkäme. Die Errichtung von AEL wurde von Himmler mit diesem Erlass jedoch keineswegs zentral von oben angeordnet, denn die ersten Lager existierten bereits. Sie waren seit Kriegsbeginn in einzelnen Regionen durch eine Zusammenarbeit von regional zuständigen Staatspolizei(leit)stellen mit Wirtschaftsbetrieben, Kommunen und der Arbeitsverwaltung improvisiert worden. Himmler versuchte erst nachträglich, Organisationsprinzipien der Lager zu vereinheitlichen, was jedoch nicht mehr gelingen sollte.

Auf dem Gebiet des Deutschen Reiches unterstanden die AEL den Stapo(leit)stellen vor Ort, Lagerleiter waren Gestapobeamte, die Wachmannschaften stellte die Schutzpolizei. Die regionale Gestapo hatte dadurch die Möglichkeit, Menschen in eigener Zuständigkeit nur auf der Basis einer ausgeweiteten vorläufigen Festnahme, in ein von ihr allein kontrolliertes Lager einzuweisen. Die Bezeichnung der Polizeihaftlager als „Arbeitserziehungslager“ stellte dabei einen zynischen Rückgriff auf die NS-Arbeitspropaganda dar, hatte aber vor allem die Funktion, die Haft zur Präventivmaßnahme zu erklären, um die polizeiliche Zuständigkeit abzusichern. Damit etablierte sich die Arbeitserziehungshaft neben der Schutzhaft und der Vorbeugehaft als dritte Form willkürlicher polizeilicher Repressionsmaßnahmen.

Anders als bei den Konzentrationslagern (KZ), aus denen Entlassungen seit Kriegsbeginn nicht mehr vorgesehen waren, blieb die Haft im AEL zeitlich begrenzt und dauerte in der Regel sechs Wochen bis drei Monate. Als Haftgründe galten offiziell „Arbeitsbummelei“, „Arbeitsuntreue“, „Arbeitsvertragsbruch“ oder „Arbeitsverweigerung“. Deutsche wurden auf Antrag der Arbeitsämter eingewiesen, ausländische Zivilarbeiter überwiegend wegen Fluchtversuchen aus dem Zwangsarbeitseinsatz inhaftiert. Von Anfang an lieferten die Mitarbeiter der Stapo(leit)stellen aber auch Menschen ein, die sie wegen „minderschwerer“ Vergehen in eigener Zuständigkeit bestrafen oder aus anderen Gründen schikanieren wollten.

Frauen waren in der Regel erst in der zweiten Hälfte des Krieges unter AEL-Häftlingen zu finden, nachdem spezielle Frauenabteilungen in einigen Lagern eröffnet oder eigenständige AEL für sie gegründet worden waren. Sie wurden noch häufiger als Männer aus anderen als arbeitsdisziplinären Gründen verfolgt, beispielsweise weil sie gegen Kontaktverbote zwischen Deutschen und Ausländern verstoßen hatten oder gesellschaftlichen Randgruppen angehörten.

Betrachtet man die Haftbedingungen in den AEL, wird deutlich, dass die staatspolizeiliche „Arbeitserziehung“ kurzfristigen, aber dafür umso brutaleren Arbeitsterror bedeutete, mit dem die Häftlinge gebrochen und in diesem Zustand unverzüglich wieder an ihre früheren Arbeitsplätze in den Betrieben zurückgeführt werden sollten.“¹

Die Häftlinge mussten schwerste körperliche Arbeit bei schlechter Versorgung und sehr langer Arbeitszeit leisten.

„Trotz der relativ kurzen Haftzeiten kamen zahlreiche Menschen in den AEL ums Leben. In einigen Lagern starben 1942 bis 1943 bis zu zwei Gefangene täglich. Todesfälle wurden den kommunalen Standesämtern gemeldet, wobei von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss. Laut der Eintragungen wurden etliche Häftlinge „auf der Flucht erschossen“ oder starben an „Herzschwäche“. Spätestens seit 1943 dienten die AEL den Stapo(leit)stellen auch als Hinrichtungsstätten, als Schauplätze für „Sonderbehandlungen“ polnischer und russischer Arbeitskräfte, die an mobilen Galgen gehängt wurden.“²

Um Dimensionen in Zahlen aufzuzeigen: Nach Schätzungen des „Reichssicherheitshauptamtes“ der SS flüchteten allein Mitte 1943 etwa 45.000 Zwangsarbeitende von ihren Arbeitsstellen. Die Antwort darauf war die Einrichtung von immer mehr AELs in vielen Orten.

1) und 2) <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/industrie-und-wirtschaft/arbeitserziehungslager-im-deutschen-reich.html>



„Neue AEL wurden als Auffang- und Durchgangslager seit Herbst 1943 an allen möglichen Orten, wie leerstehenden Schulen, Garagen oder Fabrikcellen, eröffnet und Stapoaußendienststellen oder Kreispolizeibehörden unterstellt. Auch große Betriebe der Rüstungsindustrie gingen nun im Auftrag der Gestapo dazu über, betriebliche Erziehungslager unter der Leitung von Werkschutzmeistern zu eröffnen.

Diese letzte Ausweitung des staatspolizeilichen Haftlagersystems sorgte dafür, dass die Gestapo in der Phase des nationalsozialistischen Machtverfalls während der letzten Monate des Krieges ihren eskalierenden blindwütigen Terror auf immer breitere Schichten der Zivilbevölkerung ausdehnen konnte. Die Zusammensetzung der AEL-Häftlinge wurde immer heterogener. Seit 1944 wurden auch ausländische „Repressaliengeiseln“, die im Zuge deutscher „Sühne- und Vergeltungsmaßnahmen“ für Anschläge von Widerstandsgruppen festgenommen worden waren, oder untergetauchte „Dienstpflichtverweigerer“ über die AEL nach Deutschland verschleppt. Im August 1944 kamen deutsche „Gewitter-Häftlinge“, ehemalige politische Funktions- und Mandatsträger der Weimarer Republik, und „Halbjuden“ hinzu. Die AEL wurden nun endgültig zu einem umfassenden regionalen Terrorinstrument und erfüllten die Funktion von lokalen KZ für die Gestapo, die sie bis zuletzt zur Sicherung der fanatischen Durchhaltepolitik der Nationalsozialisten einsetzte.“³

Um den Bogen auch hier an diese Stelle zu schlagen: Auf Dortmunder Stadtgebiet hat es wahrscheinlich kein AEL gegeben; nachgewiesen für eine Dortmunder Firma ist das AEL von „HochTief“ in Hunswinkel bei Lüdenscheid, dort wurde Schotter für den Straßenbau abgebaut und Insassen für den Bau der Verse-Talsperre eingesetzt.⁴ Die Frage, wie viele AELs es insgesamt gegeben hat, ist schwierig zu beantworten. Nachgewiesen sind bisher 106.⁵

3) <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/industrie-und-wirtschaft/arbeits-erziehungslager-im-deutschen-reich.html>

4) https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitserziehungslager#%C3%9Cbersicht_zu_Arbeitserziehungslagern_1940%E2%80%931945

abgerufen: 17.06.2024, 13:39

5) Das NS-Lagersystem. Hg.: Martin Weinmann, Frankfurt/M. 1990, S. 145



Noch besonders erwähnenswert ist, dass im Zuge der Entschädigung von Zwangsarbeitenden der Nachweis, in einem AEL gewesen zu sein, besonders schwer war und ist. Mit dem Vorrücken alliierter Truppen wurden durch die Nazis viele Akten systematisch vernichtet, so dass eben auch die Existenz der AELs lang im Dunkeln blieb. Das Aufzeigen dieses Kapitels der Nazi-Lagergeschichte ist mit den einschlägigen Monographien von Gabriele Lofti und Andrea Tech im Jahre 2000 bzw. 1998 erfolgt.



Besonders eindrucksvoll und bewegend trug Doris Borowski, stellv. Vorsitzende, ein Gedicht des 1951 in Leningrad geborenen Dichters und Sängers Alexander Rosenbaum vor. Alexander Rosenbaum lebt heute als Arzt in St. Petersburg.

I. Gab es vielleicht doch keinen Krieg

Und Menschen hatten bloß böse Träume?

Durch Brand verwüstet schwarze Erde,

Kopfschüsse und KZ-Gelände,

Chatyn, Warschau, Massengräber.

Gab es vielleicht doch keinen Krieg?

Und Vater hatt' als Kind schon Narben?

Durch Kugelschüsse keiner starb,

Vom Atompilz niemand verdarb,

Und Angst vorm Ghetto sind bloß Sagen?

II. Gab es vielleicht doch keinen Krieg

Und Kinder hatten nie Nachtschichten?

Die Frauen auf Dorfes Resten

Schweratmend in zerlochten Westen

Auf Feldern schaufelten nie Geschicht'?

Refrain:

*Menschen, Brot überall ist immer gleich!
Unter freiem Himmel sind wir reich,
Außer dieser Erde haben wir nichts!
Menschen, wir nehmen denselben Weg durchs Leben;
Die gleichen Träume, Wünsche, Sorgen.
Nicht über Krieg sing' ich ein Lied.
Mein Lied soll wie ein Traum sein!*

*III. Gab es vielleicht doch keinen Krieg?
Kein Deutscher auf der Etappe,
Aus Menschenhaut die Schirme - nur ein Bluff?
Und Mussolini – hohler Löw'?
Paris erfuhr keine Gestapo?*

*IV. Gab es vielleicht doch keinen Krieg
Und Schmeisser war Spielzeug für Kinder?
Ein Tagebuch mit Blutesspuren
Von Anne Frank war nicht geboren?
Und Unsinn ist Berlin in Trümmern?*

Refrain:

*Menschen, Brot überall ist immer gleich!
Unter freiem Himmel sind wir reich,
Außer dieser Erde haben wir nichts!
Menschen, wir nehmen denselben Weg durchs Leben;
Die gleichen Träume, Wünsche, Sorgen.
Nicht über Krieg sing' ich ein Lied.
Mein Lied soll wie ein Traum sein!*

*Gab es vielleicht doch keinen Krieg
Und Menschheit hatte nur Alpträume?
«Warum dann weinen am 9. Mai
Die alten Leute jedes Mal?»,
Kam einmal nachts mir in den Sinn.*

*Gab es vielleicht doch keinen Krieg
Und Menschen hatten böse Träume?*

Den musikalischen Rahmen gestalteten am Akkordeon **Bernd Rosenberg** und Saxophonist **Paul Roos**.

Vorträge Steinwache im Jahr 2024

Vortragsveranstaltungen des Stadtarchivs Dortmund in der Steinwache Ein Überblick über Themen und Referenten 2024

- 18.01.24 Opa war (k)ein Nazi
Workshop mit Dr. Stefan Klemp, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Steinwache
- 08.02.24 Phantastische Gesellschaft – Gespräche über falsche und imaginierte Familiengeschichten zur NS-Verfolgung
Buchvorstellung mit den Autoren Clemens Böckmann, Leipzig und Historiker Johannes Spohr, Berlin
- 29.02.24 Erinnern als höchste Form des Vergessens, (Um-)Deutungen des Holocaust und der Historikerstreit 2.0“
Buchvorstellung von Ingo Elbe, Privatdozent am Institut für Philosophie der Universität Oldenburg und Andreas Stahl, Politikwissenschaftler an der Katholischen Hochschule NRW
- 14.03.24 Frühe Konzentrationslager sichtbar machen. Die Ausstellung „Auftakt des Terrors“
Vortrag und Ausstellungseröffnung mit Dr. Sebastian Weitkamp, Kurator der Ausstellung, Co-Leiter der Gedenkstätte Esterwegen und Dozent an der Universität Osnabrück
- 28.03.24 Unrecht und Widerstand – Romani Rose und die Bürgerrechtsbewegung
Dokumentarfilm von Peter Nestler Deutschland 2022 / ZDF
Filmpräsentation mit Peter Nestler, seit den 1960er-Jahren Dokumentarfilmregisseur und Grimmepreisträger 2023
- 04.04.24 Der Völkermord an den Sinti und Roma und die Bundesrepublik. Der lange Weg zur Anerkennung 1949 – 1990
Vortrag von Dr. Sebastian Lotto-Kusche, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Europauniversität Flensburg
- 25.04.24 Im Schatten August Bebel's, sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz
Vortrag Dr. Christian Dietrich, Privatdozent an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europauniversität Viadrina, Frankfurt /Oder und akademischer Mitarbeiter am Axel Springer Lehrstuhl für deutsch-jüdische Literatur- und Kulturgeschichte
- 16.05.24 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik
Vortrag: Dr. Sebastian Elsbach, arbeitet seit 2022 als wissenschaftlicher Referent bei der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratiegeschichte in Weimar und verantw. Redakteur der Schriftenreihe „Beiträge zur Geschichte der Demokratie und Erinnerungskultur“
- 13.06.24 Dem Holocaust entkommen: Polnische Juden in der Sowjetunion 1939-1946
Vortrag: Dr. Markus Nesselrodt, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Europauniversität Viadrina, Frankfurt / Oder

- 29.08.24 Der Nationalsozialismus an der Macht 1930–1932
Dr. Jörg Osterloh ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut. Im Jahr 2020 erschien von ihm im Campus Verlag die Monografie »Ausschaltung der Juden und des jüdischen Geistes«. Nationalsozialistische Kulturpolitik 1920–1945.
- 12.09.24 Workshop „Opa war (k)ein Nazi?!“
Familienhistorisches Rechercheseminar mit Dr. Stefan Klemp
Dr. Stefan Klemp ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Steinwache. Er hat über den Nationalsozialismus in der Region promoviert und recherchiert als Historiker und Journalist seit Jahrzehnten zu NS-Verbrechen, den an ihnen Beteiligten, ihren Opfern und der (ausgebliebenen) Strafverfolgung.
- 21.09.24 Lesung und Gespräch im Rahmen der Museumsnacht
Raphael Westermeier liest „Deutschland im Zeichen des Hakenkreuzes“ von Manuel Chaves Nogales
Einführung: Frank Henseleit im Gespräch mit Dr. Juditha Balint und Dr. Markus Günnewig
- 21.09.24 Um 20:00 und 22:00 Uhr Audio-Performance im Rahmen der Museumsnacht
Die Audio-Performance „Arrest“ nimmt weibliche Biografien von politisch Gefangenen und Gestapo-Helferinnen aus Dortmund und Köln in den Blick:
Das städteübergreifende und Recherche-basierte Projekt wird sowohl in der Steinwache als auch im NS-DOK in Köln gezeigt.
Konzept/Text/Regie/Performance: Nicola Schubert
Die Realisierung des Projektes war u.a. mit Zuschussmitteln der Sparkasse Dortmund über den Förderverein der Steinwache möglich.
Wiederholung am 05. und 06. Oktober 2024 -
- 26.09.24 Buchvorstellung
Ruth Hoffmann: Das deutsche Alibi. Mythos Stauffenberg-Attentat – wie der 20. Juli 1944 verklärt und politisch instrumentalisiert wird
- 14.11.24 Das November-Pogrom in Dortmund - Rolf Fischer und Katharina Wojatzek
- 21.11.24 Formen des gegenwärtigen Antisemitismus. »Schuld kult«, documenta fifteen und der 7. Oktober
Dr. Volker Weiß ist Historiker und Autor der Süddeutschen Zeitung.
- 05./12.12.24
Die fotografische Inszenierung des Verbrechens. Ein Album aus Auschwitz –
Buchvorstellung mit Dr. Christoph Kreutzmüller

Wiedereinweihung der Gedenktafel am alten Gestapokeller in Dortmund-Hörde

Zur Einweihung und öffentlichen Präsentation lud der SPD-Ortsverein-Süd am 10.07.24 ein.

Die frühere Gedenktafel an der alten Polizeiwache in Dortmund-Hörde, Alte Benninghofer Straße, erinnert in einer erneuerten Replikfassung an den ehemaligen Hörder Gestapokeller von 1933 bis 1945. Die neue, an der Fassade des neuen Gebäudes angebrachte Tafel, wurde



zum Gedenken der im Gestapokeller Gefolterten und Ermordeten jetzt in einer würdevollen Feierstunde eingeweiht.

Dem Bemühen des SPD-Ortsvereins Hörde-Süd, der Bezirksvertretung Hörde und des Bürgers Dmitriy Kostovarov vom historischen Verein Ar.kod.M.e.V. ist es mitzuverdanken, dass diese Gedenktafel dazu beiträgt, dass die Opfer an diesem Ort nicht vergessen werden. Die Gedenktafel mahnt, gegen Krieg und Faschismus einzutreten.

Die Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Hörde-Süd Monika Griesner-Goerke konnte etwa 90 Teilnehmende begrüßen. Ein Grußwort sprach die Landtagsabgeordnete Anja Butschkau.

Den Vortrag von Dr. Markus Günnewig, Leiter der Steinwache, möchten wir hier gerne zur Kenntnis geben.

„Hier an der damaligen Benninghofer Straße 16 befand sich zwischen 1934 und 1945 der Sitz der für den gesamten Regierungsbezirk Arnsberg zuständigen Dortmunder Gestapo. Hier wurde die bereits begonnene Zerschlagung der politischen Linken vollendet, die Einweisung Tausender in die Konzentrationslager in die Wege geleitet, die Deportation der jüdischen Bevölkerung organisiert und während des Krieges die Überwachung und Sanktionierung der immer weiterwachsenden Gruppe ausländischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter betrieben. Höhe- und gleichzeitig Schlusspunkt des staatspolizeilichen Terrors waren die ebenfalls von hier ausgehenden Massenerschießungen in Bittermark und Rombergpark in den letzten Kriegswochen und -tagen.

Aber der Reihe nach.

Im April 1933 wurde aus der Dortmunder politischen Polizei die Geheime Staatspolizei (Gestapo). Sprich: Aus einer Abteilung der Kriminalpolizei wurde eine eigenständige Dienststelle. Diese war für den gesamten Regierungsbezirk Arnsberg zuständig und bekam Außendienststellen in Bochum, Hamm, Hagen und Siegen. An Orten ohne Dienststelle übernahm die jeweilige lokale Polizei diese Rolle. Am 28. November 1933 verfügte die Dortmunder Gestapo über 18 Beamte und 43 Hilfskräfte, die sich unter anderem aus SA- und SS-Angehörigen rekrutierten. Bei Kriegsende waren es inklusive Außendienststellen etwa 360. Die Gestapo wurde zur eigenständigen Behörde mit nahezu unbeschränkten

Vollmachten. Zu diesen zählten brutale Vernehmungsmethoden, die meist in KZ verbüßte, "Schutzhaft" sowie während des Krieges die als "Sonderbehandlungen" bezeichneten Exekutionen.

Ihr erster Leiter war der vom neuen NS-Polizeipräsidenten Schepmann ernannte Walter Blume, der später in der Hierarchie der Gestapo aufstieg und beispielsweise als Sonderkommandoführer 1941 aktiv am Holocaust in der Sowjetunion beteiligt war. 1943 organisierte er als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Athen unter anderem die Ghettoisierung und Deportation der jüdischen Bevölkerung Griechenlands. Im Nürnberger Einsatzgruppenprozess wurde Blume 1948 vom Militärgerichtshof zum Tode verurteilt, seine Strafe 1951 aber auf 25 Jahre Haft reduziert. Bereits 1955 kam er wieder auf freien Fuß.

Im Sommer 1934 fand der Umzug vom Polizeipräsidium hier an die Benninghofer Straße statt. (Anm. der Redaktion: genauer am 01.08.1934 - vor 90 Jahren) In einem Artikel der Westfälischen Landeszeitung Rote Erde vom 1. August 1934 heißt es dazu:

„Das Einzige, was gegen das neue Dienstgebäude einzuwenden wäre, ist seine etwas zu sehr aus dem Stadtkern gerückte Lage. Sonst ist der schucke Klinkerbau aber denkbar gut für die neue Bestimmung geeignet, enthält er doch alle für den Dienstbetrieb notwendigen Räumlichkeiten, genügend Platz zur Unterbringung der Akten und Kartothen, und auch die erforderlichen technischen Einrichtungen wie Garagen, Photoräume und ähnliches.

Die Tätigkeit der Staatspolizeistelle, die für den Dienstbereich des Regierungsbezirkes Arnsberg etwa neunzig Beamte und Angestellte im Innen- und Außendienst beschäftigt, ist seit dem ersten stürmischen Jahr nach der Machtergreifung, das besonders im ehemals „roten“ Dortmund naturgemäß viel Arbeit verursachte, in etwas ruhigere Bahnen gelenkt. Allgemein ist zu sagen, dass ihre Arbeit noch viel zu sehr mit dem Nimbus des Geheimnisvollen umwoben ist. Vor allem ist auch viel zu wenig bekannt, dass sie auf verständnisvolle Mitarbeit der Bevölkerung, und vor allem auch der Dienststellen der Verbände und der parteiamtlichen Stellen Wert legt.“

Die Hauptaufgabe der Dortmunder Gestapo bestand in den ersten Jahren vor allem in der Zerschlagung der in Dortmund bis 1933 relativ starken politischen Linken. Gewalt war dabei ein zentrales Mittel. Einer der Hauptakteure auf Gestapo-Seite war Otto Cassebaum. Nach dem Ersten Weltkrieg war er als Schutzmann in die städtische Polizei eingetreten und 1920 in den Kriminaldienst gewechselt, später zur politischen Polizei. 1933 wurde er in die Gestapo aufgenommen und wurde leitender Ermittlungsbeamter vor allem gegen Angehörige der KPD. Sein wichtigstes Instrument war brutale, rücksichtslose Gewalt. Das Landgericht Dortmund verurteilte ihn 1949 unter anderem „wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit 150 Fällen der Aussageerpressung und 149 Fällen der Körperverletzung im Amte“ zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus. Allerdings war nicht nur die hier in der Dienststelle oder insbesondere auch im Polizeigefängnis am Hauptbahnhof, der Steinwache, verübte Gewalt Mittel zum Zweck der politischen Verfolgung. Schon ab 1933 wurden in zahlreichen Fällen von der Staatspolizei die sogenannte Schutzhaft verhängt und die Betroffenen in die neu entstandenen Konzentrationslager eingeliefert. Als kurzzeitiger Haftraum diente aber vor allem die Steinwache. Ein ehemaliger Gestapoangehöriger beschrieb das später so:



„Während meiner Tätigkeit als Pförtner bei der Gestapo war es allgemein üblich, dass die Gefangenen mit einem Gefangenenwagen zum Gestapogebäude gebracht und dort im Keller untergebracht wurden. Von hier aus wurden sie dann zur Vernehmung nach oben geholt. Nach Abschluss der Vernehmungen holte sie der Wagen wieder ab und brachte sie zur Steinwache zurück.“



Es wurde aber nicht nur die Überwachung und Verfolgung politischer Gegnerinnen und Gegner hier organisiert und vollzogen, sondern auch die der jüdischen Bevölkerung. So lieferten Gestapo-Beamte im Anschluss an das Pogrom im November 1938, im Rahmen dessen ja unter anderem die Hörder Synagoge niedergebrannt wurde, mehrere Hundert jüdische Männer aus Dortmund ins KZ Sachsenhausen ein. 1942/43 folgten dann die Deportationen der jüdischen Bevölkerung nach Riga, Zamosc, Theresienstadt und Auschwitz. Alle organisiert vom sogenannten Judenreferat der Gestapo hier an der Benninghofer Straße, wahrscheinlich zweite Etage, linke Seite. Mehr als 2000 Männer, Frauen und Kinder aus Dortmund wurden ermordet.

Während dieses Zeitraums 1942/43 begann die Zuständigkeit der Gestapo für die Überwachung des sogenannten Fremdarbeitereinsatzes deren Kapazitäten in steigendem Maße zu absorbieren. Sie war vor allem für die Überwachung und Bestrafung von Zwangsarbeiter*innen aus Polen und der Sowjetunion zuständig, die – also vor allem letztere – bald die mit Abstand größte Gruppe unter den ausländischen Zwangsarbeiter*innen bildeten und mit einem „P“ bzw. dem Schriftzug „Ost“ gekennzeichnet werden mussten. Gegenüber sowjetischen Zwangsarbeiter*innen ersetzte die Gestapo komplett die Justiz und wurde ermächtigt, das volle Strafrepertoire eigenständig anzuwenden – vom Verweis bis zur sogenannten Sonderbehandlung, einer behördenintern angeordneten Todesstrafe für als „schwere Delikte“ eingestufte Handlungen. Die Exekutionen wurden entweder in KZ vollstreckt oder, wenn ein entsprechender Abschreckungseffekt beabsichtigt war, auch vor Ort, wobei jeweils eine größere Zahl von Landsleuten zusehen musste. Für solche Zwecke bewahrte die Dortmunder Gestapo ein hölzernes Galgengerüst auf dem Hof ihrer Dienststelle auf.

Damit ermordet wurde unter anderem der sowjetische Zwangsarbeiter Trochim Besnikow. Er wurde beschuldigt, am 30. Januar 1944 den Lagerführer eines „Ostarbeiterlagers“ angegriffen zu haben. Er wurde festgenommen und in die Steinwache gebracht. Otto Stomber vom „Ostarbeiterreferat“ (hier in Parterre rechts untergebracht) holte Besnikow am 3. März 1944 ab und brachte ihn in den nahegelegenen Fredenbaumpark. An der dortigen Mendeschänke wartete bereits das Exekutionskommando. Besnikow wurde durch den Dolmetscher Alfred Maniera und Stomber auf dem rechts hinter dem Mendespielplatz laufenden Waldweg erhängt. Zahlreiche „Ostarbeiter“ wurden gezwungen, sich die Exekution anzusehen. Den im Hof der Gestapo-Dienststelle aufbewahrten Galgen hatte man zuvor mit einem LKW in den Fredenbaumpark bringen lassen. Wie viele Menschen insgesamt von der Dortmunder Gestapo ermordet wurden ist unbekannt.

Aufgrund der schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Zwangsarbeiter*innen wurde Flucht zu einem Massenphänomen. So entstanden ab 1942 zusätzliche Polizeihäftlager für Menschen aus der Sowjetunion, u.a. zwei durch den Werkschutz bewachte Lager auf dem Gelände des hiesigen Phönix-Werkes. Gewalt gehörte

in diesen Lagern, aber auch ganz allgemein im Umgang mit Zwangsarbeiter*innen in steigendem Maße zum Alltag.

Da Transport- und Kommunikationswege immer stärker zerstört wurden, führte die Dortmunder Gestapo ab Februar 1945 eigene Massenexekutionen von Menschen aus der Sowjetunion durch. Zuerst wurden am 4. Februar mindestens vierzehn sowjetische Zwangsarbeiter in der Nähe des Arbeitserziehungslagers bei Hunswinkel im Sauerland und schließlich ab Anfang März im Rahmen von drei Massenexekutionen insgesamt 75 Menschen in der Bittermark im Süden von Dortmund erschossen. Im Februar holte ein Kommando der Dienststelle die Betroffenen aus den Polizeigefängnissen des Regierungsbezirkes ab. Im Fall der Bittermark-Exekutionen wurden die Transporte hier vor Ort zusammengestellt und die Betroffenen mussten nachts mit ihren Henkern in den Wald fahren, wo sie an vorher ausgewählten Bombentrichtern erschossen wurden. Nach den Exekutionen fand auf der Dienststelle ein kleines Beisammensein der Beteiligten statt, bei dem es Schnaps und Zigaretten gab.

Parallel kam es Ende 1944 und Anfang 1945 angesichts der dramatischen Verschlechterung der deutschen Kriegslage wieder vermehrt zu Verhaftungsaktionen vermeintlicher politischer Gegner, Spione und anderer. Je schlechter die Lage, desto drastischer das staatspolizeiliche Vorgehen.

Da die Zellen im Keller nicht ausreichten und man im Hof einen neuen Bunker hatte bauen lassen – der übrigens auch von Anwohner*innen genutzt wurde –, wurde auch der alte Luftschutzkeller des Gebäudes als Haftraum umfunktioniert und über 100 Gefangene dort untergebracht. Vorher waren es im Schnitt lediglich etwa zehn Häftlinge in den Kellerzellen gewesen. Als dann auch noch Ende März 1945 Evakuierungstransporte aus Gefängnissen anderer Ruhrgebietsstädte hier bei der Gestapo ankamen, wurde zusätzlich das ehemalige Straflager am Emschertor auf dem Phoenix-Gelände reaktiviert, das auch nochmal 170-200 Personen durchliefen. Ein Teil von ihnen wurde Anfang April entlassen, ein anderer im Rombergpark erschossen.

Am 12. März hatte das Gestapogebäude während des schwersten Bombenangriffs auf Dortmund einen Volltreffer erhalten. Das Dachgeschoss brannte aus und der linke Flügel des Gebäudes wurde zerstört. Nach dem Bombentreffer wurden verschiedene Abteilungen in umliegende Gastwirtschaften ausgelagert. Die Beamten und Angestellten der Gestapo wurden nun größtenteils kaserniert, wohnten also auch hier. Ab Mitte März wurden die wichtigen Akten im Dienststellenhof an einer offenen Feuerstelle verbrannt und ein Ausweichquartier in Hemer vorbereitet. Am 1. April wurde ein großer Teil der Dienststelle nach Hemer verlegt. Zurück blieb ein größeres Kommando, das die staatspolizeilichen Aufgaben bis zuletzt wahrnehmen sollte und sich erst unmittelbar vor der einrückenden US-Army wenige Tage später zurückzog.



Anfang März war mit Rudolf Batz ein vernichtungskriegserfahrener Kommandeur der Sicherheitspolizei als neuer Chef der Gestapo und der Kripo eingesetzt worden, der unmittelbar nach seiner Ankunft die Überprüfung aller Haftvorgänge angeordnet hatte. Er hatte vorher unter anderem im Rahmen des Überfalls auf die Sowjetunion die Leitung des Einsatzkommandos 2 der Einsatzgruppe A übernommen und die Ermordung mehrerer Zehntausend Menschen, vor allem Jüdinnen und Juden, in Lettland verantwortet.

Später war er Kommandeur der Sicherheitspolizei in Krakau und kam eben kurz vor Schluss hierher nach Hörde. Und hier erteilte er den Befehl, Aufstellungen über die verbliebenen und neu eintreffenden Häftlinge anzulegen und sie in zwei Kategorien einzuteilen. Die als minderschwere Fälle Klassifizierten sollten entlassen, alle anderen erschossen werden.

Aufgrund der näher rückenden Front fanden die Exekutionen nun im nahegelegenen Rombergpark statt. Zwischen der Nacht auf Karfreitag, dem 30. März 1945 und dem Ende der darauffolgenden Osterwoche wurden an sechs Stellen im Park – wiederum nachts und an Bombentrümmern, insgesamt etwa 150 Menschen erschossen. Sie bildeten ein breites Spektrum von Opfergruppen des Nationalsozialismus. Unter ihnen waren wiederum sowjetische Zwangsarbeiter, aber auch Dortmunder Kommunisten, die man des Versuchs der KPD-Reorganisation bezichtigte, zwei Frauen aus Essen, die aus dem dortigen Polizeigefängnis nach Dortmund evakuiert worden waren und die man nur aufgrund des Umstandes, dass sie Jüdinnen waren, ermordete. Erschossen wurden vermeintliche Spione aus Frankreich und den Niederlanden genauso wie ein deutscher Deserteur oder französische und deutsche Kommunisten aus Lippstadt, gegen die bereits wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Rundfunkverbrechens“ Anklage beim Volksgerichtshof erhoben worden war, die aber noch im Herner Polizeigefängnis eingesperrt waren. Letzteren wurden ihre gemeinsamen Gespräche über die Inhalte ausländischer Radiosendungen zum Verhängnis.

Die letzten drei Opfer hier in Dortmund – alle wiederum ausländische Zwangsarbeiter – wurden schließlich durch Angehörige des erwähnten Nachkommandos am 8. oder 9. April auf einem nahe der Dienststelle gelegenen Bahngelände erschossen. Drei Tage später war Dortmund befreit. Allerdings ging das Morden noch kurz weiter – die Gestapo hatte sich ja zunächst nach Hemer zurückgezogen und so wurden wahrscheinlich ebenfalls am 9. April 1945 auf einer Wiese in Waldnähe bei Iserlohn drei Jugoslawen und eine Belgierin, die man der Spionage bezichtigte, erschossen und am 11. April 1945 in einem Waldstück nordwestlich von Hemer-Westig acht der Plünderung beschuldigte sowjetische Zwangsarbeiter. Kurz darauf löste sich die Gestapo auf. Der Terror war zu Ende“

Gedenktafel Alte Polizeiwache Hörde, 10.07.2024

Grußwort Anja Butschkau, MdL

Sehr geehrte Frau Ring,
liebe Monika Driesner-Görke,
sehr geehrte Damen und Herren,

für mich als örtliche Landtagsabgeordnete ist das heute ein sehr schöner Termin.

Ich freue mich, dass Hörde mit dem Umbau dieses Gebäudes hinter mir, ein neues Schmuckstück erhalten hat. Ich freue mich aber auch, mit Ihnen heute diese Gedenktafel wieder an ihrem angestammten Ort aufzustellen. Und ich glaube, dass das nicht nur mich freut, sondern auch viele andere Menschen hier in Hörde, die sich seit Jahrzehnten für das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus einsetzen.

Deshalb war es auch mir ein wichtiges Anliegen, mich für den Erhalt der Gedenktafel an diesem bedeutsamen Ort einzusetzen. Das war übrigens auch meine erste Amtshandlung, nachdem ich 2017 erstmals in den Landtag



gewählt wurde. Zu der Zeit verhandelte das Land als früherer Eigentümer dieses Gebäudes mit Investoren über einen Verkauf der Liegenschaft.

Der damalige Finanzminister Lutz Lienenkämper versprach mir, dass der Erhalt bzw. die Neuanbringung der Gedenktafel vertraglich abgesichert werde. Und ich bin froh, dass sowohl die Eigentümergenossenschaft Ko-Operativ als auch das Wohnprojekt „Wir aufm Revier“ die Bedeutung des Gedenkens an die schrecklichen Ereignisse, die sich hier abspielten, genauso sehen.

Die Ereignisse – nein, die Verbrechen, die wir hier zwischen 1933 und 1945 erlebten, dürfen nicht vergessen werden! Sie müssen auch zukünftig jeden und jede, die hier lebt und vorbeikommt, vor Augen geführt werden. Denn nur, wer über die Verbrechen des Nationalsozialismus weiß, wird zukünftige Verbrechen dieser Art verhindern. Nur wer weiß, dass diese Verbrechen keine abstrakten Daten aus einem Geschichtsbuch sind, sondern mitten in unserem gewohnten Lebensumfeld geschehen sind, wird auch in der Zukunft wachsam sein.

Hier wurden Menschen unter widrigsten Bedingungen inhaftiert, geschlagen und gefoltert, um Geständnisse aus ihnen herauszupressen.

Ihre Schreie waren in der ganzen Nachbarschaft zu hören.

In die Geschichte unserer Stadt eingebrannt hat sich das, was hier rund um den Karfreitag 1945 seinen Anfang nahm, kurz bevor die amerikanischen Truppen Dortmund einnahmen. Rund 300 Zwangsarbeiter und Widerstandskämpfer wurden aus ihren Zellen in der alten Gestapo-Wache hinter uns und aus der Steinwache gezerrt und im Rombergpark und in der Bittermark ermordet, um Zeugen zu beseitigen und die schrecklichen Verbrechen unsichtbar zu machen.

Diese Verbrechen, diese Schicksale und die Menschen dürfen nie vergessen werden!

Mir war es seit frühen Jugendjahren immer ein wichtiges Anliegen, jeder Form von Rechtsextremismus die Stirn zu zeigen und andere Menschen über die Verbrechen der Nationalsozialisten – gestern und heute – aufzuklären. Dieser Kampf gegen Rechts hat bis heute nichts an seiner Bedeutung verloren. Gerade in den heutigen Zeiten, in denen unsere Demokratie und unser solidarisches Zusammenleben von der Neuen Rechten angegriffen und von vielen Menschen in Frage gestellt werden, ist dieser Kampf umso wichtiger.

Also lassen Sie uns alle einen Beitrag dazu leisten, dass das Bewusstsein über diesen dunklen Fleck in der deutschen Geschichte und in der Geschichte von Dortmund und Hörde nicht verloren geht.

Dass zukünftige Generationen genauso Verantwortung übernehmen wie wir heute, um das Gedenken an den Holocaust und die Verbrechen der Nationalsozialisten aufrecht zu erhalten.

In diesem Sinne: Glück auf!



Monika Driesner-Görke
und Georg Deventer

Ein Zeichen setzen gegen Waffen und für Frieden und Demokratie

Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag am 1. September 2024 in Dortmund



Der Antikriegstag am 1. September, dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, markiert den Beginn des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1939. Der Deutsche Gewerkschaftsbund Dortmund, kurz DGB, sieht diesen Tag als Anlass, den Opfern des Nationalsozialismus und allen Kriegen zu gedenken. Daher wurde am 1. September 2024 eine Gedenkveranstaltung vor der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache durchgeführt.

Auf dem Programm standen unter anderem Redebeiträge von der Vorsitzenden des DGB Dortmund, Jutta Reiter, und von Sophie Niehaus vom Jugendring Dortmund sowie musikalische Beiträge.

„Wir Gewerkschaften sind der Überzeugung, dass Frieden nicht mit immer mehr Waffen erreicht werden kann“, beteuerte Jutta Reiter, die Vorsitzende des Dortmunder DGB. „Es gilt die Spirale der Gewalt zu durchbrechen und die Friedenserziehung statt den Krieg zu fördern.“

Die Veranstaltung - mittlerweile in jährlicher Tradition seit 2007 - ist in Kooperation mit der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, dem Haus der Vielfalt „VMDO e.V.“, der Auslandsgesellschaft, dem „Förderverein Gedenkstätte Steinwache – Internationales Rombergparkkomitee e.V.“, dem Jugendring Dortmund und dem „SLADO e.V.“ entstanden. Sie wird durch den „Arbeitskreis Dortmund gegen Rechtsextremismus“ unterstützt. Etwa 120 Friedensfreundinnen und Friedensfreunde nahmen an der knapp einstündigen Kundgebung teil. Auch Oberbürgermeister Thomas Westphal, Landtags- und Bundestagsabgeordnete und kommunale Mandatsträger bekundeten durch ihre Teilnahme ihre Solidarität.

Begleitend zur Veranstaltung konnte sich das „Friedensforum Dortmund“ mit einem Infostand präsentieren und für seine Aktivitäten werben.

Der Antikriegstag am 1. September stellt den Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen und somit den Beginn des 2. Weltkrieges im Jahr 1939 dar. Jedoch soll nicht nur an die Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges erinnert werden. Dieser Tag soll ein Gedenken an alle Opfer von Kriegen darstellen. Auch an die Opfer von gegenwärtigen Kriegen, wie dem Ukraine-Krieg oder dem Krieg zwischen Israel und der Hamas im Nahen Osten.

Der DGB weist darauf hin, dass immer mehr militärische Konflikte und Krisen das internationale Geschehen prägen würden und fordert, die militärische Gewalt zu beenden. „Das Recht auf Selbstverteidigung steht der Ukraine und Israel zu, doch die Grundsätze des Völkerrechts müssen eingehalten werden“, verdeutlicht Jutta Reiter. „Der Schutz und die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrung und medizinischer Hilfe müssen gewährleistet sein.“

Im Jahr 2022 sind mit 238.000 Menschen so viele wie seit 30 Jahren nicht mehr weltweit durch Konflikte gestorben. Das zeigt der Global Peace Index. Seit Beginn des Krieges im Nahen Osten am 7. Oktober 2023 seien dort 40.000 Menschen gestorben. Das teilte der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte Türk unter Berufung auf das von der Hamas geführte Gesundheitsministerium mit. Er forderte beide Konfliktparteien auf, einen sofortigen Waffenstillstand zu vereinbaren.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund möchte sich mit der Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag für demokratische Werte und soziale Gerechtigkeit positionieren. „Gerade angesichts des weltweiten Erstarkens rechtsextremer Parteien bedarf es eines breiten Verständnisses von Sicherheit, um Demokratien widerstandsfähiger zu machen“, so die Vorsitzende des DGB Dortmund. „Umso unverständlicher ist die Ankündigung des Bundesfinanzministers, unter anderem bei Demokratieprojekten zu sparen.“

Nach der Einigung der Bundesregierung zum Haushalt 2024 stand fest, dass Demokratieprojekte weiter finanziert werden. Es haben sich jedoch 180 gemeinnützige Organisationen mit einem offenen Brief an den Bundeskanzler gewendet, da sie Kürzungen von Demokratieprojekten beim Haushalt 2025 befürchten.

Der DGB unterstützt hingegen die Beteiligung der deutschen Bundesregierung an der Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine und der internationalen Friedenskonferenz in der Schweiz, sowie den Einsatz für eine Waffenruhe im Gaza-Streifen. Jedoch kritisieren die Gewerkschaften Deutschlands fehlendes Eintreten für Abrüstung, Rüstungs- und Rüstungsexportkontrolle.

Auch diese Antikriegstagsveranstaltung am Sonntag, dem 1. September 2024, zeigte, dass am Tag der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen mit einer erschreckend hohen Anzahl von Wählerstimmen für die AfD die Gedenk- und Erinnerungskultur wichtiger ist als je zuvor. Anlässlich des Erstarkens des Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft ist es notwendiger denn je, zu mahnen, Haltung zu zeigen und unsere Verantwortung deutlich machen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Die Lehren, die aus den furchtbaren Verbrechen der Nationalsozialisten zu ziehen sind, gelten jetzt und heute. Sie mahnen uns, nicht gleichgültig zu sein.

Die Veranstaltung in breiter zivilgesellschaftlicher Veranstaltergemeinschaft unter Federführung des DGB möge uns in Dortmund Mut und Zuversicht geben, nicht nachzulassen.

Georg Deventer



Der VMDO-Verbund sozialkultureller Migrantenvereine Dortmund e.V. mit der Vorsitzenden Tülin Dolutas (Bildmitte) beteiligte sich erstmals mit musikalischen Beiträgen und Texten gegen Krieg und Gewalt



Junge Palästinenser mit einem Lied für Frieden – ein Beitrag des VMDO auf der Bühne



David Wiegmann, Jugendbildungsreferent des DGB Dortmund- Hellweg bei seiner Ansprache unter dem neuen Bühnenbild der DGB-Jugend „Hass ist krass – Frieden ist krasser“



Sophie Neuhaus, Vorsitzende des Jugendring Dortmund unterstrich die Aufgabe der jungen Generation, sich gegen Gewalt, Hass und Kriege einzusetzen



Paul Klammer von SLADO e.V. (Dachverband der queeren Community) erinnerte an die Opfer in der NS-Zeit



Ein Gedenkgesteck von SLADO e.V. wurde im Innenhof der Steinwache aufgestellt



Zum Abschluss stiegen bunte Friedensballons unter den Klängen von Nena's 99 Luftballons in den Dortmunder Himmel über der Steinwache

Fahrt nach Stukenbrock

Ein Besuch in der Gedenkstätte Stalag 326 VI K (Senne)

Am 7. September 2024 fand auf dem Friedhof in Stukenbrock am sowjetischen Ehrenmal ein Gedenken statt. erinnert wurde an die sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Mannschaftsstammlager Stalag 326 in der Zeit von 1941 bis 1945 ums Leben gebracht wurden.

Tausende Gefangene starben an Hunger und fehlender Versorgung. Mehr als 300.000 sowjetische Kriegsgefangene durchliefen das Lager. Sie wurden zur Zwangsarbeit in die Stahlwerke und Zechen des Ruhrgebiets gebracht. Das Ehrenmal wurde nach der Befreiung des Lagers im April 1945 von sowjetischen Kriegsgefangenen zur Erinnerung an die im Stalag 326 getöteten Menschen errichtet und am 2. Mai 1945 feierlich eingeweiht.

Das Gedenken wird vom Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ ausgerichtet. Es findet nunmehr bereits seit 57 Jahren statt.



Für den Förderverein legte Hannelore Tölke einen Kranz nieder.

Volkstrauertag am 17. November 2024

In den letzten Jahren haben Dortmunder Neonazis im Anschluss an die Gedenkveranstaltung am Obelisken des Hauptfriedhofs ihr eigenes Gedenken an die nationalen Opfer mit Blumenniederlegungen durchgeführt. Das mussten wir leider im öffentlichen Raum ertragen, obgleich die Gruppe der Neonazis schon während der Veranstaltung Aufstellung genommen hatte. Um zu zeigen, dass „wir mehr sind“, hatte auch dieses Jahr der Förderverein öffentlich aufgerufen, an der Gedenkveranstaltung der Stadt in großer Anzahl teilzunehmen.

Auch andere zivilgesellschaftliche Gruppen und die SPD im Stadtbezirk Brackel haben entsprechend aufgerufen. Am Volkstrauertag 2024 waren nun trotz regnerischem nasskalten Novemberwetter rund 100 Besucherinnen und Besucher gekommen, dazu auch etwa 15 Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrerinnen und Lehrern der Europaschule, die sich an beiden Teilen der Gedenkveranstaltung mit Lied- und Textbeiträgen beteiligten. Dem zweiten Teil des Gedenkens auf dem jüdischen und internationalen Friedhof am Rennweg blieben die etwa 40 Neonazis fern. (Georg Deventer)



DORTMUNDER ZEITUNG

+
x 2

Dortmund gedenkt am Volkstrauertag der Opfer von Krieg und Gewalt

Dortmund. Mit zwei offiziellen Gedenkveranstaltungen begeht Dortmund am 17. November (Sonntag) den diesjährigen Volkstrauertag. Die eine Veranstaltung findet am Mahnmal auf dem Hauptfriedhof, die andere auf dem Internationalen Friedhof am Rennweg statt.

Die erste Veranstaltung beginnt um 11 Uhr am Mahnmal auf dem Hauptfriedhof, wo Bürgermeister Norbert Schilff die zentrale Gedenkrede halten wird. Die Stadt

Dortmund erinnert damit an die Menschen, die in Kriegen und durch Gewalt weltweit ihr Leben verloren haben. Neben Vertreterinnen/Vertretern aus Politik, Gesellschaft und der Bundeswehr nehmen auch zivilgesellschaftliche Organisationen an der Zeremonie teil. Die Kranzniederlegung wird durch Bürgermeister Schilff und Oberstleutnant Thomas Hanke von der Bundeswehr vorgenommen. Musikalisch untermauert wird die Zeremonie durch den Dortmunder Männergesangsverein sowie

vier junge Musikerinnen/Musiker von Dortmund Musik.

Nach dem ersten Teil der Gedenkfeier machen sich die Teilnehmenden auf den traditionellen Friedensmarsch zum Internationalen Friedhof am Rennweg. Für Teilnehmende, die nicht gut zu Fuß sind, wird ein Bustransfer angeboten. Um 12 Uhr beginnt der zweite Teil der Veranstaltung, der von Schülerinnen/Schülern der Europaschule Dortmund gestaltet wird. Neben einem Wortbeitrag wird die Zeremonie

durch weitere musikalische Beiträge ergänzt. Anschließend legen Bürgermeister Schilff und die Schülerinnen/Schüler ein Blumensteck nieder, gefolgt von einem Totengedenken und einer Schweigeminute.

In seiner Ansprache wird Bürgermeister Schilff insbesondere die Wichtigkeit des gemeinsamen Eintretens für Frieden, Toleranz und ein vereintes Europa hervorheben. Angesichts der aktuellen globalen Krisen, die auch Europa betreffen, wird das Gedenken als Zeichen der Soli-

darität und des Engagements für eine friedliche Zukunft betont.

Der Volkstrauertag ist eine wichtige Gelegenheit für die Bürgerinnen und Bürger Dortmunds, innezuhalten und der Opfer von Krieg, Gewalt und Terror zu gedenken. Gleichzeitig wird der Tag genutzt, um ein starkes Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine weltoffene Gesellschaft zu setzen.

Zum Abschluss der Veranstaltung wird ein Rücktransport zum Parkplatz Gottesacker angeboten.

RN vom 13.11.2024

Kunst und Kultur gegen das Vergessen – Veranstaltung im Hansa Theater Dortmund-Hörde

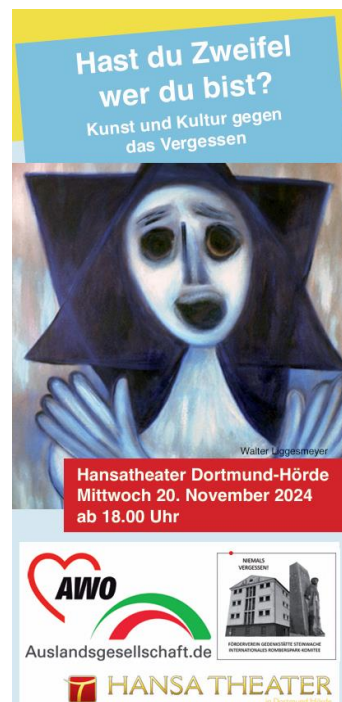
Bericht zur Veranstaltung „Kunst & Kultur gegen das Vergessen“ am 20.11.24 im Hansa Theater Hörde - Haltung zeigen gegen rechte Demagogie - für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Großmutter von Rudi Strothmüller – Hansa Theater – in Auschwitz gemordet

Bei der Veranstaltung mit nahezu 200 Gästen im Hansa Theater hat der Begründer des Theaters Rudi Strothmüller in bewegenden Worten erstmals öffentlich über den gewaltsamen Tod seiner Großmutter gesprochen. Im vorigen Jahr ging er auf Spurensuche in Auschwitz und fand das Foto seiner Großmutter Marta Kocieniewska, die einer polnischen Widerstandsfamilie angehörte und am 15. Januar 1943 nach Auschwitz deportiert wurde. Am 17. April 1943 wurde sie im Alter von nur 45 Jahren erschossen. Zuvor musste sie noch durch den sadistischen Lagerarzt Mengele „medizinische“ Versuche ertragen. Rudi Strothmüller, Jahrgang 1948, zeigte das Portrait seiner Oma, in Häftlingskleidung von den Tätern fotografiert, ein stolzer, gefasster Blick, der zum Ausdruck bringt „Ihr könnt mich nicht brechen“.

Dieser sehr persönliche Bericht ging allen zu Herzen, berührte, machte betroffen und war eröffnender Teil des Bühnenprogramms.

Zuvor hatte Schirmfrau Anja Butschkau, Landtagsabgeordnete und AWO-Vorsitzende Dortmund, in ihrem Grußwort vehement die politische und gesellschaftliche Verantwortung angemahnt, für Vielfalt, Toleranz und Demokratie einzutreten. Sie sei schulisch genau in diese Richtung sozialisiert worden. Anja Butschkau freute sich sehr, dass ihr damaliger Lehrer, Reinhard Junge, später im Bühnenprogramm aus dem Leben seiner Eltern, Lore und Heinz Junge, Dortmunder Antifaschisten berichtet.



Anja Butschkau präsentierte den AWO-Videofilm „Sage Nein!“, der bei YouTube veröffentlicht ist. Eine interessante und kreative filmische Variante des Liedes von und mit dem Gesang von Konstantin Wecker.

Anlässlich der Pogrome im November 1938 und des Erstarkens des Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft war die Botschaft dieses Abends zu mahnen, Gesicht zu zeigen und unsere Verantwortung deutlich zu machen, dass sich die Geschichte nicht wiederholen darf. Die Lehren, die aus den furchtbaren Verbrechen der Nationalsozialisten zu ziehen sind, müssen jetzt und heute gelten. Sie mahnen uns, nicht gleichgültig zu sein.

Unter diesem Leitgedanken konnte Georg Deventer, Vorsitzender des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergparkkomitee und Mitinitiator, alle Gäste für die Veranstaltergemeinschaft begrüßen. Zu den Gästen zählte auch erster Bürgermeister Norbert Schilff, politische Mandatsträger aus Bezirksvertretungen, dem Rat und des Landtages. Sie mussten dafür Sorge tragen, dass in dieser Zeit, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, die Brandmauer gegen Populisten bestehen bleibt.



Georg Deventer konnte auch den neuen Sonderbeauftragten des Oberbürgermeisters für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Friedhelm Evermann, der jetzt im November vom Rat der Stadt berufen wurde, begrüßen. Friedhelm Evermann nutzte an dem Abend die Möglichkeit, viele Akteurinnen und Akteure kennen zu lernen. Die Rolle eines Sonderbeauftragten mit der Koordinierungsstelle im Rathaus ist in dieser Art einzigartig in Deutschland. Georg Deventer: „Jetzt lernen Sie uns kennen und wir Sie kennen“.

Ein besonderer Dank gebührte auch dem AWO Unterbezirk Dortmund und den beiden Ortsvereine Körne/ Wambel und Dortmund-Mitte, denn durch großzügige Spenden der beiden Ortsvereine, vertreten durch ihre Vorsitzenden Ursula Bliese und Markus Adler, konnten die unvermeidlichen Sachkosten, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung eines solchen Abends mit Bühnenprogramm und der Benefiz-Verkaufsausstellung entstehen, maßgeblich refinanziert werden.

Zur Veranstaltergemeinschaft zählte auch die Auslandsgesellschaft, die in diesem Jahr ihr 75-jähriges Bestehen feierte und, in einem Wort gesagt, für die Völkerverständigung steht.

Der Abend im Hansa Theater wurde von einem Initiativkreis der Dortmunder Künstlerinnen und Künstlern mit initiiert oder unterstützt: Helga Hocke, Christiane Köhne, Yvonne Wilken, Babette Seim, Günter Rückert und Mathias Schubert sowie mit dem Nachlass von Walter Liggesmeyer (1938-2017). Als Beispiel für gesellschaftliche Integration beteiligten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ateliers „WERKstattArbeit“ der AWO-Werkstätten für Menschen mit Behinderungen.

Diese Künstlerinnen und Künstler präsentierten in den Räumen des Hansa Theaters ihre Werke. Die Konzeption, Vorbereitung, Aufbau und der Ablauf oblag maßgeblich der erfahrenen Künstlerin Helga Hocke.

Die Besucherinnen und Besucher konnten nun die Kunstwerke und Objekte zu einem fairen Preis erwerben. Von den Erlösen der Verkäufe profitierten:

1. „Backup-Comeback e.V. - couragiert Demokratie stärken“ – Beratung und Vermittlung von Wegen aus dem Rechtsextremismus und der Gewalt, vertreten heute Abend von Kerstin Pischowski und Heinz Höhne vom Trägerverein
2. Obdachlosenhilfe BODO e.V., vertreten von Tanja Walter
3. Obdachlosenhilfe „GastHaus e.V.“ vertreten von Katrin Lauterborn
4. AWO-Projekt „Tiny-Houses“ für Obdachlose, vertreten von Hans van Dormalen

Diese vier Vereine bzw. Hilfsprojekte hatten an dem Abend Gelegenheit, sich mit einem kleinen Infostand zu präsentieren und mit den Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch zu kommen.

Anstelle eines Eintrittsgeldes lud eine Spendenbox ein und zum Schluss konnte zusammen

mit dem Verkauf von künstlerischen Werken ein **Gesamterlös in Höhe von 2.400 €** erzielt werden, der den vier Vereinen und Projekten nun zugutekommt.

Nun gut, ein höherer Betrag wäre wünschenswert gewesen. Doch die ideellen Botschaften und das gemeinsame Zusammenstehen sind sicherlich noch höher zu bewerten.

Die Veranstaltergemeinschaft erfuhr eine großartige Unterstützung durch das Hansa Theater, denn wie anfangs berichtet, bewegt das Schicksal der Großmutter von **Rudi Strothmüller** diese Theaterfamilie in Dortmund-Hörde.

Parallel zum begleitenden Benefizprogramm und guten Gesprächen berührte und bewegte ein zweistündiges Bühnenprogramm die Besucherinnen und Besucher.



Klaus Lenser, Lehrer, Radiomacher und Aktiver im Arbeitskreis „Hörder Pogromgedenken“ führte fachlich fundiert und empathisch durch das Bühnenprogramm.

Kammerschauspieler **Jürgen Mikol** trug ergreifend den Text „Der Verrückte“ von Ida Fink sowie das erschütternde und mahnende Gedicht zum „Kinderkreuzzug“ von Bert Brecht vor.

Kammerschauspieler **Andreas Weißert** las unnachahmlich Texte aus dem Auschwitz-Zyklus „Mein Kind trägt Locken“ von Walter Liggesmeyer. Parallel dazu wurden viele seiner großformatigen, bedrückenden und klagenden Auschwitzbilder von Liggesmeyer auf die Bühnenrückwand projiziert.

Christiane Köhne, malende und schreibende Künstlerin und leidenschaftliche Dadaistin, begleitete ihre eigenen Texte gegen Krieg und Gewalt, vorgetragen von Andreas Weißert, einfühlsam mit ihrer Harfe. Und es war ihre Harfe, die nach dem Vortrag „Der Verrückte“ das Publikum in den Bann zog.

Sänger, Musiker und Schauspieler **Christoph Nitz** berührte mit eigenen Liedern und seiner Gitarre.



Und **Reinhard Junge**, Bild links, Lehrer und Autor, erzählte bewegt aus dem Leben seiner Eltern Lore und Heinz Junge, Dortmunder Antifaschisten und ein Leben lang vorbildlich im Widerstand. gegen Nazis und ewig Gestrige. Auch hier wurden Fotos aus dem Leben seiner Eltern auf die Leinwand projiziert.

Den Abschluss des Bühnenprogramms bildete die Erinnerung an **Fred Ape**, der viel zu früh im Jahre 2020 im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Fred Ape, Liedermacher und Kabarettist, hat viele Spuren hinterlassen. Viele seiner Songs hatten politische Botschaften und mahnende Texte für eine politisierte Gesellschaft. Klaus Lenser erzählte aus dem Leben und Werk in persönlichen Worten und Georg

Deventer berichtete von der generellen Erlaubnis von Fred Ape, seinen Song „Ich will meine Stadt nicht braun“ immer abspielen zu dürfen, wenn es notwendig bzw. passend sei. Somit bildete dann dieses Lied einen etwas wehmütigen Abschluss des Abends im Hansa Theater.

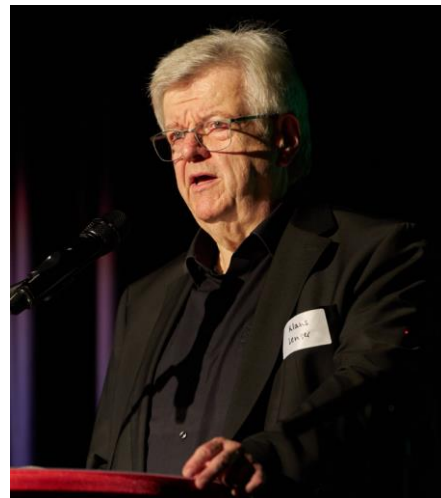
Ein herzlicher Dank gebührt allen genannten, aber auch hier ungenannten Beteiligten und Unterstützerinnen und Unterstützern, ohne deren ehrenamtliches Engagement die Veranstaltung nicht gelungen wäre. Ein Dankeschön auch allen Besucherinnen und Besuchern, die ihr Herz und Portemonnaie geöffnet haben und die Botschaften des Abends wohlwollend und zustimmend aufgenommen haben.

Georg Deventer - für die Veranstaltergemeinschaft
Vorsitzender Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Intern. Rombergparkkomitee e.V.

Bilder in diesem Artikel: Matthias Schilling, Recklinghausen



Andreas Weißert



Klaus Lenser



Klaus Lenser, Andreas Weißert und Christiane Köhne



Christoph Nitz



Margret Deventer, Helga Hoicke, Klaus Lenser



Kunstaussstellung im Cafe Sinatra



Heinz Höhne und Kerstin Pischowski





„Ich will meine Stadt nicht braun“



Abschied von der Realität

Berlin. Eine Studienreihe der Universität Leipzig untersucht seit 2002, wie verbreitet rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft sind. Vor allem im Westen wird eine atmosphärische Verschiebung deutlich.

Von Anne-Beatrice Clasmann

Die Zufriedenheit mit der gelebten Demokratie in Deutschland nimmt ab. Zwar stehen laut einer aktuellen Studie immer noch rund neun von zehn Deutschen hinter der Demokratie als Idee. Mit der Demokratie, „wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert“, zeigten sich bei einer repräsentativen Umfrage für die Leipziger Autoritarismus-Studie im Frühjahr dieses Jahres allerdings nur 42,3 Prozent der Befragten zufrieden, nach 57,7 Prozent zwei Jahre zuvor.

So niedrig wie jetzt war der Wert noch nie, seitdem die Wissenschaftler um Oliver

Decker und Elmar Brähler 2006 erstmals danach gefragt hatten. Mit 29,7 Prozent ist der Anteil der Ostdeutschen, die auf diese Frage positiv antworteten, deutlich niedriger als unter den Westdeutschen, wo sich 45,5 Prozent der Befragten zufrieden zeigten.

Die Bundesrepublik stehe aktuell „vor einer ungewissen Entwicklung“, heißt es in der Studie. Die Krisenwahrnehmung sei ausgeprägt und zum Charakter der Krise gehöre die Erwartung eines Entscheidungsmoments. Obwohl die Demokratie von vielen Bundesbürgern skeptisch betrachtet werde, sei derzeit aber noch nicht ausgemacht,

dass autoritäre oder extrem-rechte Lösungen in der Breite der Bevölkerung Anklang finden. „Es zeigt sich aber eine Neigung zum Eskapismus – ein Abschied von der Realität, wie er im Aberglauben, der Verschwörungsmentalität und der Esoterik zum Ausdruck kommt.“

Chauvinistische Tendenzen

„Ausländerfeindlichkeit“ wurde bei der Umfrage bei 31,5 Prozent der Ostdeutschen und 19,3 Prozent der Westdeutschen gemessen. Während solche Einstellungen im Westen demnach bei der Altersgruppe ab 61 Jahren am stärksten verbreitet sind, sind es im Osten vor allem die Menschen im Alter zwischen 31 Jahren und 60 Jahren, die sich bei der Beantwortung des Fragebogens entsprechend einließen. „Ausländerfeindlichkeit“ sei oft eine „Einstiegsdroge“ in den Rechtsextremismus“, sagt Mitautorin Ayline Heller. Die Zunahme dieses Resen-

timents sei Resultat einer „Verschiebung von Sagbarkeitsgrenzen“. Dass sich diese verschoben hätten, sei eine Folge des gesellschaftlichen Klimas und habe auch damit zu tun, wie in der Politik diskutiert werde.

Betrachtet man die verschiedenen Facetten manifest-rechtsextremer Einstellungen insgesamt, zu denen die Wissenschaftler auch Chauvinismus, die Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur zählen, hat jedoch eine Angleichung zwischen Ost und West stattgefunden. Ein geschlossen rechtsextremes Weltbild haben laut Studie aktuell rund 4,5 Prozent der Ost- und 4,5 Prozent der Westdeutschen.

Unter den Befragten, die Sympathien für eine rechtsautoritäre Diktatur äußerten, war der Anteil der AfD-Wähler mit Abstand am größten. Auch chauvinistische Ten-

denzen waren unter den AfD-Wählern am stärksten verbreitet, gefolgt von Anhängern von FDP und CDU/CSU. Bei allen Formen der gemessenen Ressentiments – mit Ausnahme des Chauvinismus – liegen die Werte der Männer deutlich über denen der Frauen.

Eine Zunahme von Frauenfeindlichkeit stellen die Forscher bei Menschen im Osten Deutschlands fest, wo das Frauenbild früher deutlich progressiver war als im Westen. Bei der Zustimmung zu einzelnen sexistischen Aussagen liegen die Ostdeutschen – anders als in der Vergangenheit – aktuell sogar höher als im Westen. Im Osten finden laut Umfrage rund 31,4 Prozent der Ostdeutschen, Frauen sollten sich „wieder mehr auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter“ besinnen. Im Westen vertraten diese Ansicht demnach 25,7 Prozent der befragten Menschen im Alter zwischen 16 Jahren und 92 Jahren.

Jahresabschlusstreffen des Fördervereins im Dezember 2024 im „BierCafe“ am Westpark

Gezeigt wurden zwei Dokumentarfilme aus 1989 „Nordstadt unterm Hakenkreuz“ – eine Produktion der damaligen Videogruppe des SPD Unterbezirkes mit den Zeitzeugen Rudi Grützner, Leo Meina und Helmut Sonntag sowie den Film von Werner Groß „Naziterror in Dortmund“. Diese beiden Filme wurden seinerzeit im „Offenen Kanal“ ausgestrahlt.



www.steinwache-rombergparkkomitee.org

Vorstandsliste

Dem Vorstand gehören derzeit folgende Personen an (gewählt am 2. Juni 2023)

Georg Deventer, Vorsitzender des Fördervereins

Iris Bernert-Leushacke, Stellvertreterin, vertretungsberechtigt

Doris Borowski, Stellvertreterin, vertretungsberechtigt

Hannelore Tölke, Stellvertreterin, vertretungsberechtigt

Marc Frese, Kassenführer, vertretungsberechtigt

Kassenprüfer /-in:

Anja Butschkau, MdL

Dr. Wilfried Harthan

Beisitzer /-innen:

Ralf Brinkhoff, Schriftführer, Webseiten-Administrator

Petra Dresler-Döhmman,

Fabian Karstens

Dmitriy Kostovarov

Sophie Niehaus, Jugendring

Thomas Oppermann

Katrin Rieckermann

Norbert Schilff

Wilfried Stockhaus

Beratende Mitglieder im Vorstand sind Lara Schimmeregger und Jannis Gustke für die „Botschafter*innen der Erinnerung“ sowie Dr. Markus Günnewig, Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, außerdem Kim Wollnik, Projekt „Demokratie leben“